

# Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)  
Mit der illustrierten Monatsbeilage „Sichel und Hammer“ und den wöchentlich bzw. 14-tägig erscheinenden Beilagen „Tribüne“, „Die Rote Sichel“, „Der Jungprolet“, „Die Genossen“

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Millimeterzeile über deren Raum 400.— M., Eilen- und Wohnungsgehalte, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsbearbeitungen 150.— M., Kleine Anzeigen per Wort 25.— M., — Meldeamt: Die Millimeterzeile 4-spaltig über deren Raum im Text 800.— M.

Montag, den 16. Juli 1923.

Bezugspreis: Durch Austräger 3000.— M. pro Woche, Durch die Post 6500.— M. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages für Monat Juli. Redaktion und Expedition: Breslau, Kreuzherstraße 59. — Postfach 1011. Breslau Nr. 310 60. — Fernsprecher: Breslau, Ring 3387.

## Dem Abwehrkampf gegen die Ehrhardtbrüder

### Ehrhardt und die Zeignerregierung

Die „Zeit“ — ausgerechnet — verlangt den Kopf der Zeignerregierung, dafür, daß sie Ehrhardt hat entlassen lassen. Wer lacht nicht über solch plumbe Feuchtsell!

Aber die Zeignerregierung wird sich schnellstens klar machen müssen, daß sie in die gemüllte Salzfischenwirtschaft in ihrem Beamtenkörper mit eiserner Faust dreinhausen muß.

Das Bild, in der Ehrhardts Flucht die Zeignerregierung darstellt, ist blamabel. Der laubere Gefängnisdirektor, der den Ehrhardt entweichen läßt, fand es nicht einmal für nötig, der Regierung davon Mitteilung zu machen. Die las es in der Zeitung und beim Blasenklaffen.

Was ist nun geschehen? Das sächsische Justizministerium hat sofort Antreibung gegeben, daß die mit der Bewachung Ehrhardts betrauten Beamten vom Dienst suspendiert werden. Ferner ist der Direktor der Gefängnisanstalt seines Amtes zunächst entsetzt worden. Die Regierung muß begreifen, daß ihr das Messer an der Kehle sitzt und daß sie jetzt radikal zu brechen hat mit aller schlammigen demokratischen Spießbürgerei. Schonungslos zu räumen mit allem, was sich gegen die Arbeiterschaft stellt, oder mit ihren Feinden konspiriert. Alarmierung der gesamten Arbeiterschaft! Konzentrierte Vorbereitung der Arbeiterschaft zum Kampf!

### Sozialdemokraten für den deutschnationalen Turnertummel aber gegen den Antifaschistentag

Leipzig, 14. Juli.

In einem Bericht des Vertreters der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ aus München, der in der heutigen Nummer veröffentlicht ist, heißt es:

„Für die parteilose Einstellung des Deutschen Turnfestes spricht die Tatsache, daß die Münchener Sozialdemokraten, an der Spitze der Erste Bürgermeister Schmidt, vorbehaltlos an dem Turnfest mitwirken. Die Münchener sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat deshalb auch beschlossen, die Kosten, die der Stadt durch die Abhaltung des Turnfestes entstehen, zu bewilligen. Man fragt sich unwillkürlich, ob diese sächsische Einstellung der Münchener Sozialdemokratie gegenüber diesem großen vaterländischen Fest anderswo überhaupt möglich wäre.“

Zawohl, diese „sächsische Einstellung“ der SPD-Führer wäre auch anderswo möglich in Leipzig, wo die Haltung des Sozialdemokraten Schmidt ihr Gegenstück findet in der Haltung des Sozialdemokraten Lipski.

Die Bezirksleitung Westfalens der SPD wandte sich an die Bezirksleitung Groß-Leipzigs der SPD mit dem Vorschlag, gemeinsam einen Aufmarsch zu organisieren. Hier die Antwort der SPD-Leitung:

Leipzig, 12. Juli 1923

An die Kommunistische Partei, Bezirk Leipzig

Die Beteiligung an dem von Ihnen angerathen Turnfest lehnen wir ab. Wir verfolgen die Faschistenbewegung aufmerksam und suchen sie mit allen Mitteln zu bekämpfen, halten aber eine Demonstration als kein geeignetes Mittel für die Erreichung dieses Zweckes.

Der Bezirksverband der SPD Leipzig, gez. Lipski.

### Faschistenaufmarsch in München

Berlin, 16. Juli.

Bei dem Faschistenaufmarsch der Turner am Sonntag in München war das ganze nationa-

listische Gefindel erschienen. Die Hitlerleute haben nun auch eine Kavallerie-Abteilung innerhalb ihrer Partei, nachdem sie bereits Fahrrad- und Flugzeugverkehr usw. eingerichtet haben. Führer der Kavallerie ist der Patentzeugler Siegfried.

### Aufmarsch an der sächsischen Grenze

Wir erhalten aus zuverlässiger Quelle Mitteilung, daß an der sächsischen Grenze von Bodenbach bis Rumburg erhebliche Mengen sächsisches Militär zusammengezogen werden. So ist in den letzten Tagen nach Niedergrund bei Rumburg und auch in dem Grenzort Orombach je eine Kompanie Militär eingedrückt. Auch in Gergenthal ist eine Maschinengewehrkompagnie untergebracht worden. Die Leute haben keinerlei Beschäftigung, zum Zeitvertreib machen sie in Grenzschmugel und warten nach ihren eigenen Angaben auf „höheren Befehl“.

Auch das ist ein Zeichen für unsere sächsischen Grenzorganisationen, wie notwendig der Ausbau und die Mobilisierung der Parteigenossen ist, damit sie bei einem eventuellen Einfall der sächsischen Imperialisten die Führer des Proletariats im Kampfe gegen diese Soldknechte Poincarés übernehmen können. Wir ermahnen unsere an der Grenze wohnenden Genossen, alle Beobachtungen sofort an unsere Organisation weiter zu melden.

### Kommunistische Fahnenweihe in Berlin

Berlin, 16. Juli

Über 100 000 Proletarier waren am Sonntag, dem Fufe der SPD, folgend, im Lichtenberger Stadion aufmarschiert zur Uebernahme der von den russischen Arbeitern gesandten Fahne. Ueber die Veranstaltung hinaus war es ein Gelächter der Massen, zu lämpfen nach dem Vorbild unserer russischen Brüder bis zur eisernen Diktatur des Proletariats. In diesem Sinne war auch die flammende Ansprache unserer Genossin Ruth Fischer bei der Übergabe der Fahne gehalten: sie zusammen zu stehen im Kampfe gegen die Ehrhardt, Luderdorff und Hitler im Norden wie im Süden bis zur endlichen Unterwerfung der Bourgeoisie. Als unsere Genossin die leuchtende Fahne einem Arbeiter der Berliner Parteiorganisation übergab, gelobte er, daß er bis zur siegreichen Revolution sich des Geschenkes würdig zeigen werde. Ein Sprecher der Internationalen beendete die Feier.

Unter dem Gesang unserer proletarischen Kampflieder marschierten die Arbeiter unter wehenden roten Fahnen im geschlossenen Zuge wieder zurück durch die Stadt. Es war ein Probealarm und ein gewaltiger Aufmarsch zum bevorstehenden ersten Antifaschistentag am 29. Juli.

### Die „Kämpen“ gegen den Faschismus Severing stellt Strafantrag gegen die „Rote Fahne“

Nach einer Mitteilung der „Zeit“ hat der preussische Innenminister Strafantrag gegen die „Rote Fahne“ gestellt, wegen des Aufrufes vom 11. Juli. Wegen was — wegen Hochverrat vielleicht, Herr Severing? Nun, „will der Herr Graf ein Längchen wagen, soll er's nur sagen“, die Arbeiter, auch die sozialdemokratischen, sie spielen auf.

**Zillessen**, bekannt aus dem Erzberger- und Rathenau-Prozess, und mehrere Spießgesellen sind vom Schöffengericht Leipzig wegen Verletzung des Kapitänleutnants Boldt und Wittmar aus dem Gefängnis verurteilt worden. Zillessen erhielt einen Monat Gefängnis.

### Sozialdemokraten und Faschisten

Berlin 16. Juli

Wie die „Rote Fahne“ am Montag“ mitteilt, ist der Führer der Brandtbanne, der das Gebäude der sozialdemokratischen Zeitung „Volkswille“ in Münster in die Luft gesprengt

hat niemand anders als der berüchtigte Salzfischenbandenführer Hauptmann Pfeffer. Auch Herr Sebering weiß das. Sebering schickte seine Leute zu Pfeffer, um eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Pfeffer erklärte, wenn sie nicht binnen fünf Minuten verschwinden würden, würde er seinen Selbstschutz rufen. Seberings Leute räumten hierauf das Feld. Seitdem hat Sebering ganz vergessen, wo der Pfeffer wächst. Die Abenteuer des Pfeffer zeigen deutlich, daß nur der Selbstschutz der Arbeiter gegen die salzfischnische Sippschaft zur Befreiung derselben führen kann.

Der Wiederaufbau des „Volkswille“ wird mit bürgerlicher Hilfe erfolgen. Aus der Stadtverordnetenversammlung in Münster ging hervor, daß das sozialdemokratische Organ dem Bürgertum nehert. Die sozialdemokratischen Führer haben die Verpflichtung übernommen, den Kampf gegen das Bürgertum einzustellen und für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Der Faschismus kann den Schlag vor den Toren des Ruhrgebiets ausführen, die sozialdemokratischen Führer werden ihm nichts tun. Sie stehen im Solbe des Bürgertums.

## Das Programm der deutschen Bourgeoisie

Seit Wochen geht der Kampf hin und her über die Wertbeständigkeit der Preise und der Löhne. Keines ist bisher gelungen. Die Preise klettern unaufhaltsam weit über den Friedensstand und weit über den Dollar hinaus, der Realwert der Löhne sinkt immer tiefer.

Dieser Zustand, das Bild des vollkommenen Bankrotts der deutschen Wirtschaft, der seit langem auf Kosten des deutschen Proletariats verschleiert wird, soll nun durch Gesetz verewigt werden. Der wirtschaftspolitische Ausschuß und der finanzpolitische Ausschuß des Reichstages haben in ihrer gemeinschaftlichen Sitzung vom 11. Juli 1923 eine Entschließung angenommen, die die Frage der Einführung der Goldrechnung in Deutschland behandelt.

Diese parlamentarische Körperlichkeit hat ihre Rolle als vorgeschobener Posten des deutschen Kapitalismus glänzend erfüllt. Sie fordert:

1. Die Steuern sollen veranlagt werden unter möglichst voller Anpassung an die Geldentwertung. Soweit so gut. Nun findet sich dahinter ein Passus, der eine Reform der Veranlagung der Einkommen-, Erbschafts- und Vermögenssteuer verlangt, welcher Art, ist leider nicht genau gesagt. Dagegen ist eindeutig das Verlangen, die Steuergesetze nachzuprüfen, um die Einkommensteuern der Goldrechnung anzupassen.

2. Reichsbankpolitik: Goldkredite, Goldwechsel, Goldkonten, freie Depotsdepots (zu deutsch freie Devisenkonten), Fortführung der Stützungsaktion (um den Börsenjobbern nicht die Möglichkeit zu nehmen, täglich in Berlin zu laufen und in Köln oder Danzig pro Dollar 50 000 bis 100 000 Mark zu verdienen!). Finanzierung des Ruhrkampfes durch Zuschläge auf bestehende Steuern (welcher Art, wird vorlichtiger Weise nicht gesagt) und durch Ausgabe einer langfristigen Reichsgoldanleihe (a la Kriegs-Sellierich).

3. Die Hypotheken und die übrige Schuldenwirtschaft von Privaten, Gemeinden und Staaten sollen wertbeständig gemacht werden. Jetzt, nachdem der gesamte Mittelstand durch die Sinnese und die Agrarier ins Elend gebracht worden ist.

4. Im Groß- und Kleinhandel, in der Kaufmannschaft, kurz überall, wo es die Interessen der deutschen Kapitalisten erfordert, ist die Goldrechnung sofort durchzuführen. Und die Löhne? Wir zitieren wörtlich: „Die Festlegung der Löhne in Goldrechnung kann erst erfolgen, wenn die Goldrechnung für den Waren- und Weltverkehr offen und allgemein durchgeführt ist.“

Für die Uebergangszeit empfehlen die Herrschaften den amtlichen Index.

Dieses Programm, das wir demnächst auch im Reichstag begrühen werden dürfen, bezweckt tatsächlich die Verewigung des gegenwärtigen Elends. Bezeichnenderweise drucken die gesamten bürgerlichen Blätter das Programm ohne jeden Kommentar ab. Der „Vorwärts“ hat sich bislang überhaupt noch nicht dazu geäußert. Er ist dafür eifrig dabei, zu betreiben, daß heute allenhalben bereits das Prinzip der wertbeständigen Löhne (wie er und die Stinneszeitungen es auffassen) durchgeführt wird. Es lohnt sich, einige derartige Tarifabschlüsse unter die Lupe zu nehmen.

Im Bergbau finden gegenwärtig Vorverhandlungen statt zu den neuen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die wertbeständigen Löhne. Die Gewerkschaftsvertreter empfehlen zur Lösung dieser Frage Schaffung wertbeständiger Sparzulagen.

Im Transportgewerbe hat die Zentralarbeitsgemeinschaft eine Vereinbarung getroffen, wonach zur Sicherung der Wertbeständigkeit des Lohnes ein wöchentlicher Zuschlag zu zahlen ist, der den erhöhten Lebenshaltungskosten entspricht. Also Indexlöhne! Dabei ist der gültige Index in jedem Fall den jeweiligen Verhandlungen der Parteien zur Feststellung überlassen. Also nichts!

Die Stadt Berlin will auch etwas Abtrüges tun. Also hat die Stadtgüter-G. m. b. H. mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter ein Lohnabkommen für die Gutsarbeiter getroffen, dem der jeweilige Roggenpreis zugrunde gelegt wird. Danach erhält ein Gutsarbeiter ohne Naturalbezüge selbst bei dem heutigen Roggenpreis, der den Weltmarktpreis übersteigt, nur 2 1/2 Pfund Roggen pro Stunde. Ein Arbeiter mit Deputaten erhält noch nicht 4000 Mark.

Diese Beispiele zeigen, daß die wertbeständigen Löhne, die die Gewerkschaftsbürokratie unter befriedigtem Schmuzeln der Bourgeoisie schaffen will, reiner Schwindel sind. Sie bedeuten bestenfalls die Stabilisierung des Elends. Mit Spartakassen, schwindelhaften Leistungsberechnungen, minimalen Sachwertlöhnen und ähnlichen Mähen wird der Zustand nur verschlimmert. Selbst in den freien Vereinbarungen sind keine niedrigeren Löhne erzielt worden, als bei den „wertbeständigen Tarifabschlüssen“.

Wie der Kampf geführt werden muß und was erreichbar ist, wenn die Gewerkschaften

## dient der Anti-Faschistentag am 29. Juli

Hinter die kämpfenden Arbeiter stellen... zeigt das Beispiel der Bauarbeiter in... im Erzgebirge, wo der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter einen Stundenlohn von 30 000 Mark erlärmt hat. Man betrachte dagegen die neuen Berliner Metallarbeiterlöhne von 12 500 Mark pro Stunde, und die Berliner Bauarbeiterlöhne von 7300 Mark vor dem Streik und 12 500 Mark für die laufende Woche. In allen diesen Fällen ist das Resultat zustande gekommen durch Verhandlungen ohne oder nach einem durch die Gewerkschaftsbürokratie abgewürgten Kampf.

Dem Programm der deutschen Vorposten, das von der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbürokratie unter nichtigen Vorwänden über Wertbeständigkeit unterstellt wird, hat der Reichsausschuss der deutschen Betriebsräte das Programm der deutschen arbeitenden Klassen entgegengesetzt: Stundenlöhne von 35 000 Mark an in der zweiten Juliwoche, laufende Anpassung an die Markentwertung, nicht durch Kaufhandel mit dem Unternehmertum, sondern durch Mobilisierung der gesamten Arbeiterkraft! Aufbesserung des Realwertes dieser Mindestlöhne bis zu ihrem vollen Friedenswert! Kampf der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften für diese Forderungen durch den Generalstreik.

Das sind die Forderungen, die heute aus jedem Betriebe heraus erhoben werden müssen. Das deutsche Proletariat will kämpfen! Zunächst gilt es, die Gewerkschaften für diesen Systemkampf einzufstellen, sie zu zwingen. Und wenn nicht anders, wird das kämpfende Proletariat auch über die reformistischen und arbeiterspezifischen Gewerkschaftsbürokraten hinwegschreiten.

### Der neue Oberpräsident von Oberschlesien Zentrum bleibt Krumpf

Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, die Venster des Oberpräsidenten und des Regierungspräsidenten der Provinz Oberschlesien in einer Konvention zusammenzuliegen, und für diese Venster dem Provinzialausschuss der Regierungspräsidenten in Marienwerder Herrn Dr. Prohle vorgeschlagen.

Der Provinzialausschuss der Provinz Oberschlesien hat in seiner Sitzung vom 14. Juli 1923 diesem Vorschlag zugestimmt.

Der neuernannte Oberpräsident gehört ebenso, wie sein Vorgänger Vitta, der Zentrumspartei an, die in Oberschlesien immer noch Krumpf ist.

Als Kandidat für die Oberpräsidentenstelle wurde vor einigen Wochen auch der sozialdemokratische Oberpräsident Dr. Philipp genannt. Letzterer ist seit dem Kapp-Putsch bei dem er sich unmissbar machte, zur Disposition gestellt. Herr Philipp, der sich des größten Wohlwollens der schlesischen Jünger erfreut, soll eine angenehme Tätigkeit erhalten, und wie die „Schlesische Tagespost“ meldet — Landrat des Kreises Breslau werden.

Mit dieser Besetzung des Landratspostens dürften sowohl die Agrarier als auch die SPD-Kräfte zufrieden sein.

### Die Einheitsfront und gemeinsame Betriebsbündnisse

Die Weimarer Gewerkschaften haben eine Einheitsfront angenommen, zur Bildung gemeinsamer Betriebsbündnisse in den Betrieben als Abwehrorgane gegen die kapitalistische Gewalt. Es wurde weiter eine Erhöhung der Reallohn bis zum Friedensniveau als Forderung formuliert, sowie die Einführung von Tarifänderungen der letzten und thüringischen Tarifverträge und die Abgrenzung zweier Tarifverträge über ein gemeinsames Vorgehen gegen den Arbeitgeber. Die gemeinsame Forderung aller Arbeiter am 29. Juli beim ersten Antifaschistentag wurde als Leitsatz für die Einheitsfront. Spontan wurde in der Veranstaltung ein Kontrollausschuss gebildet, dem die Arbeiter erklären ihre Aufgabe über die in Braunschweig geübte Sabotage der SPD-Kräfte.

Die Thüringer Regierung und die Thüringer SPD haben vor einer neuen Entscheidung. Sie ist durch einen weiteren faschistischen Organisations des „Stahlhelm“ hat für nächsten Sonntag in Weimar eine Demonstration vorbestimmt. Der Faschismus wird unter den Augen der Thüringer Regierung auf. Die Arbeiterklasse verlangt, dass auch die thüringische Unterregierung der Faschisten aufhört und verlangt das Recht dieser Verhältnisse. In Weimar wird ein „Reinheitsbier“ sein. Auch das ist eine Demonstration. Dasjenige Gewerkschaftskomitee hat eine Gegenbewegung beschlossen. Der Kampf der Arbeiter hat in Thüringen auf dem Thüringer Tage ein Schicksal erfahren, was sich jetzt das Gewerkschaftskomitee Zell-Kohlitz an die Regierung wendet. Die Arbeiter müssen rechtzeitig den aufmarschierenden Faschistenbanden das Handwerk legen. Rufen überall zum Antifaschistentag!

Die Metallarbeiter in Auldia sprechen den Reichsausschuss in ihre volle Sympathie und Unterstützung aus und erwarten vom Reichsausschuss in Auldia, dass dieser mit der hiesigen reichsweiten Gewerkschaftsbürokratie macht und für eine Reorganisation der Metallarbeiter-Organisation in revolutionärer Weise sorgt. Die Arbeiter Metallarbeiter fordern ferner gemeinsame Abwehrmaßnahmen gegen den Faschismus und zwar im nächsten Sommerstag der Thüringischen und schlesischen Arbeiter-

terchaft. Am Antifaschistentag, dem 29. Juli, werden die gesamten Metallarbeiter Auldias geschlossen aufmarschieren.

### Für die Arbeiterherrschaft!

Jetzt hat auch Herr Weis, der stets auf dem rechten Flügel der Reformsozialisten stand, sich für den engen Zusammenschluss von Sachsen, Thüringen, Anhalt, Braunschweig, Oldenburg und Mecklenburg zu einem „roten Mitteldeutschland“ im „Deutschen Volksblatt“ ausgesprochen. Weis ist Staatspräsident von Anhalt und aus dem Antifaschisten ist jetzt ein Freund Russlands geworden, der neulich auf dem Weltkongress der Arbeiterhilfe in Berlin sagte, im Osten liege Deutschlands wirtschaftliche und politische Zukunft, und wenn die Arbeiter die Beherrschung von Russland bleiben, so sei auch die Herrschaft der Arbeiter über Europa sicher.

Wir nehmen Notiz davon, dass Herr Weis umgelernt zu haben scheint. Er unterscheidet sich danach vorteilhaft von den Saboteuren der Arbeiterpolitik in Sachsen, den abgehalfterten Diplomat und Konsorten. Herr Weis mag aber nicht glauben, dass schon die Arbeiterherrschaft in Russland allein aus sich heraus den Sieg bringen kann. Die Arbeiter müssen auch in Deutschland für ihre Ziele kämpfen lernen. Vor allem muss mit der Koalitionspolitik aufgeräumt werden. Auch in Anhalt! Es gibt dort eine Arbeitermehrheit und die nächste Forderung des Herrn Weis, wenn es ihm ernst ist mit dem roten Mitteldeutschland, müsste in seinem Ländchen die Durchführung einer wirklichen Arbeiterregierung sein. Mag man die Stellungnahme des Weis und seiner Leute zunächst auch nur als ein Stimmungssymptom bewerten, so sieht man doch unsere Sache marschieren überall!

### Steigerung der Lebenshaltungskosten

Der Reichsindex für Lebenshaltungskosten ist vom 4. bis 11. Juli um 32,9 Prozent über auf das 2151 fache gestiegen.

Die Industrie- und Handelszeitung errechnet für die Woche vom 6. bis 13. eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten um 28,7 Prozent. In der ersten Hälfte des Juli sind nach dieser Berechnung die Lebenshaltungskosten 140 Prozent höher als im Durchschnitt vom Juni.

Der amtliche Großhandelsindex ist vom 3. Juli bis 10. Juli um 44 Prozent über auf das 48 644 fache gestiegen. Es liegen: Einfuhrwaren um 27 Prozent, Inlandsrohstoffe um 49 Prozent, Lebensmittel um 47 Prozent.

### Die Augen Führer!

Ein Führer kostet in der Berliner Markthalle 4000 Mark. Ein liter Milch kostet in Berlin 4000 Mark. Wer ist blöder, das Huhn oder die Kuh? Oder ist Stinnes der Klügste? Am Klügsten ist das Huhn. Die Steigerung des Eierpreises gegenüber den Vorkriegspreisen beträgt das Achtzigtausendfache. Die Steigerung des Stabstahlspreises — aber Stinnes wird schon einholen — nur das Siebzigttausendfache. Der Milchpreis ist nur um das Zwanzigttausendfache gestiegen. Den Stäben ist anzuraten, so klug zu werden wie die Führer.

### Neuer Landarbeiterstreik in Ostpreußen

Die in Ostpreußen „Organisten“ bezichtigten, sind Ende voriger Woche in Wandow und Stagen, sowie zwei weiteren Ostpreußen-Landarbeiterstreiks ausgebrochen, die von der DDB-Bürokratie sofort für wild erklärt worden sind. Die eingeleiteten Verhandlungen haben bisher zu keiner Einigung geführt.

Auch der Ausbruch dieser Kämpfe beweist, wie spontan die Landarbeiterherrschaft gegen die ihr aufgezwungenen Lohn- und Arbeitserhöhungen rebelliert, ohne dass es des vielbesprochenen „kommunistischen“ Anstoßes bedarf. Die kommunistische Partei ist ohne Rücksichtnahme über die berechtigten Abwehrkämpfe der Landarbeiter überall da, wo er auftritt, vorbestimmtes unterliegen. Wir machen jedoch auch die schlesischen Landarbeiter darauf aufmerksam, dass ihre wie unsere Kraft nicht ausreicht, den Kampf gegen die verzinnten Zucker- und DDB-Bürokraten mit Anhalt auf sich durchzuführen, nachdem die letzten Kämpfe abgebrochen sind. Jetzt gilt es, alle Kräfte darauf zu konzentrieren, dass der Deutsche Landarbeiterverband umgestaltet wird zu einer wirklichen Kampforganisation, deren Mitglieder selbst über ihr Schicksal bestimmen. Deshalb organisiert sich auch reiflos im DDB-Landarbeiter! Kampf mit uns gemeinsam dafür, dass eine Generalversammlung des DDB einberufen wird, in der der DDB-Bürokraten endlich ihr schmutziges Handwerk gelegt wird.

### Bogel-Strasß-Politik oder Betrug?

Am Sonnabend ist zum ersten Male die Dollarkonvention in Berlin ausgefallen. Ein amtlicher Kurs wurde nicht festgesetzt, ein offizieller Devisenverkehr hat nicht stattgefunden. Deswegen gibt es natürlich in Danzig und in Köln weiter einen Dollarkurs, nach dem die Preise sich richten. Auch das Fehlen einer amtlichen Notierung wird nichts geändert, höchstens den Arbeitern Sand in die Augen gestreut.

Wie konsequent und hervorragend diese Politik ist, geht schon daraus hervor, dass der Reichswirtschaftsminister die Wiederhernahme der Metallverwertungen, die sich nach dem Reichskurs richten, am Montag gestattet hat. Während alle der Reichswirtschaftsminister in Berlin die Dollarkonvention ausfallen lässt, konzentriert er gleichzeitig das die Preise nach dem Reichskurs richten.

### Die Geschäfte des Herrn Dorten

„Es ist eine Lust zu leben!“ Neben den Desklamen sind die politischen Spekulantent die wuschelsten Optimisten, die da meinen, dass... in den besten aller möglichen Welten leben. Ein Paradies für alle politischen Spekulantent. Man muss auf die Menschen mit denjenigen Mitteln wirken, die die schnellsten und praktischsten Resultate haben. Und so fließt das Gold. Man ist nicht geizig, zumal in Paris ist man nicht geizig. Wieviel Gold fließt im Rheinland, im Ruhrgebiet, wieviel ist in Oberschlesien geflossen? In was für Mengen wurde das Gold überall dort beschleudert, wo sich imperialistische Mächte zum Kampfe vorbereiten. Bevor die Erde mit Blut bedingt wird, muss

### Die Rote Garde macht mobil!

so schreibt das Stinnesblatt, die D. A. Z., zum Aufruf unserer Zentrale. Jawohl, Arbeiter, macht mobil gegen das Stinnes- und Faschistenpack. Rühret zum Antifaschistentag am 29. Juli.

mit Gold gefüt werden. Diese Mächte, aus Gold Blut zu machen, ist erprobt, und der Herr Dorten in Köln kennt sie bestimmt auch. Hier schweigen die Alten der Parlamente, und die bürgerliche Demokratie hütet sich wohl, Aufklärung zu verlangen, denn das Staatsinteresse verlangt das Geheimnis und Staatsinteresse ist überall dort, wo ein Soldat einer imperialistischen Macht sein Bajonett aufspiangt. Für das Staatsinteresse der Krautjunker und Pfaffen, die heute in Paris regieren, ist das Rheinland das Staatsinteresse der Gegenwart und der nächsten Zukunft. Ludendorff hatte ja bekanntlich auch große Sorgen und wette Staatsinteressen, bis nach Kaukasus, bis nach Jellingfors und bis nach Brieux gingen seine Sorgen und seine Staatsinteressen. Er war aber plumper und hatte es schwerer als Poincaré. Er musste sich mehr ellen, er war im Krieg.

Poincaré hingegen glaubt Zeit zu haben. Er wirft seine goldenen Rehe auf lange Sicht und mancher Fisch bleibt darin haften. Für die Journalisten des Rheinlands ist die Sache auch ziemlich schwer. Das Dilemma des Gewissens ist ungeheuer. Der Franc steht noch immer besser als die Mark, und da die bürgerliche Journalistik gegen das Verlaufen an und für sich, wenn es national ist, nichts hat, so wagt eine Hand die andere und zum Schlusse erscheint eine Zeitung, die da heißt: „Rheinischer Herold.“ Und seit wann erscheint dieser Rheinische Herold? Er erscheint seit Ende August 1920. Und zwar so erscheint er: oder besser gesagt, so war die Geschichte bei der Empfängnis (wohlgemerkt, wir sprechen von Empfängnis, und nicht von Geburt!): Der gute Herold erliefen wöchentlich, General Mangin hatte aber das Bedürfnis, öfters und direkter zur rheinischen Bevölkerung zu sprechen. Er beauftragte einen Herrn namens Elacac und Herrn Blal Magel mit der Mitteilung, er habe sehr viel übrig für Dorten. Das Geschäft wurde gemacht. Die Gelegenheits ließ nicht lange auf sich warten und am 14. August 1920 gab Herr Blal Herr Dorten im Auftrag des Generals Mangin 20 000 Francs zwecks Anbahnung und Verwirklichung separatistischer Pläne. Kurze Zeit nachher erschien der Rheinische Herold nicht mehr wöchentlich, sondern täglich. Was seit dieser Zeit die französischen Generäle für diese und ähnliche Zeitungen ausgegeben haben, wissen wir nicht. Aber es kommt so manches an die Sonne und eines schönen Sommertages werden wir noch so manch andere stinkende journalistische Blumen zum Riechen bekommen. Zählt Stinnes seine Presse auch so gut wie General Mangin? Was sagen da die deutschen Patrioten?

### Der Ortsausschuss Gotha stellt sich hinter die Erwerbslosenforderungen

Der Landesvorstand des DDB ist folgende Resolution übermittelt worden: „Der Ortsausschuss des DDB Gotha, der 700 organisierte Arbeiter vertritt, stellt sich ganz hinter die Forderungen der Erwerbslosen, die auf der Berliner Konferenz aufgestellt worden sind, und begrüßt, dass diese auch vom DDB anerkannt werden.“ Er wird von sich aus alles in Bewegung setzen, um diese Forderungen durchzuführen.“ Der Ortsausschuss Gotha hat sich also verpflichtet, mit allen Mitteln sich für die Forderungen einzusetzen, die von den Delegierten der

Erwerbslosen am 5. Juli im Reichstag gestellt wurden. Sämtliche Gewerkschaftsorganisationen müssen das Beispiel nachahmen, damit der Bundesvorstand gezwungen wird, seine bisherige Untätigkeit in der Erwerbslosenfrage aufzugeben.

### Stinnes in der schlesischen Glasindustrie

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Hirschberg: „Eine großartige Industrieunternehmung will Hugo Stinnes im Riesengebiet errichten. Es handelt sich darum, im Hirschberger Tale die Herstellung von Glas- und Porzellanwaren einzuführen, wie sie bisher besonders in Gabling in Böhmen hergestellt wurden und von dort aus in die ganze Welt gegangen sind. Zur Durchführung des Planes ist eine Aktien-Gesellschaft gegründet worden. Zu den Gründern gehören unter anderem die Aktiengesellschaft Hugo Stinnes für Seeschiffahrt und Ueberseehandel in Hamburg, die Gewerkschaft der Seche Matthias Stinnes in Carnap. Zum Aufsichtsrat gehören u. a. Hugo Stinnes sen. in Walsheim a. d. Ruhr, Hermann Hugo Stinnes jun. in Hamburg, Geschäftsführer und Mitgründer der Gesellschaft die über ein Aktienkapital von 150 Millionen Mark verfügt, ist Fabrikbesitzer Hans Däumler in Hirschberg. Das Unternehmen ist in großem Stil geplant. Von der Stadt sind bisher Vorkosten für 44 Millionen Mark erworben worden. Mit dem Bau der ersten Glasfabrik ist bereits begonnen worden. Weitere Gebäuden folgen, außerdem werden große Arbeiterwohnungen errichtet.“

### Der Kampf an der Westberlinerung der Verkehrsbeschränkung

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat ohne Angabe von Gründen beschlossen, das Verkehrsverbot zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet, das am 16. Juli aufhören sollte, bis zum 28. Juli, 12 Uhr nachts, zu verlängern.

Betriebsstilllegung. Nach einer Meldung des Berliner Tageblatts ist durch die Maßnahmen der Franzosen der Bochumer Verein für Bergbau und Hüttenindustrie von der Kohlenzufuhr vollständig abgeschnitten. Die Vorräte sind bereits gänzlich erschöpft, so daß das ganze Werk einschließlich der Stahlindustrie stillgelegt werden mußte. Die in den Werken beschäftigten 20 000 Arbeiter sollen mit Notstandsarbeiten beschäftigt werden.

### Wälsche Einheit

Das Wälsche „Deutsche Tagesblatt“ ist das meistgelesene norddeutsche Faschistenblatt. Es ist gut, festzustellen, mer in diesem Organ der Einheit aller Deutschgesinneten abgelanzelt wird. Man kennt Herrn Klotz, den Führer der Wälschen. Von diesem Herrn spricht das Wälsche Blatt nur in den Tönen höchster Verachtung. Der kann garnicht zu den Wälschen gezählt werden. Deutsche Zeitungen und deutsche Tageszeitungen sind nach Wälsche jämmerliche und schwächliche, unwirksame Organe. Und die Weislerschen Gewerkschaften, die sich Berufsverbände schimpfen, sind nach dem „Deutschen Tagesblatt“ nur eine Schwermerelei.

### „Wehe Dir, Arbeiterschwein!“

In Braunschweig an der Bahn konnte man jüngst, von Patentkreuzlern gefolgt, folgende Nationalhymne hören: „Arbeiter, ihr Lumpen, wie wird es euch ergehen, wenn ihr die Brigade Ehrhardt werdet sehen, Die Brigade Ehrhardt schließt alles kurz und klein.“ „Wehe Dir, ja wehe Dir, Arbeiterschwein!“ Gegen diesen Geist der Patentkreuzler und Faschisten hilft nur die härteste Bereitschaft aller Arbeiter.

### Neues vom Tage

#### Schweres Gewitter über Berlin

Ueber Berlin und Umgebung ging gestern abend ein schweres Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen nieder, das großen Schaden angerichtet hat. In der Monumentbrücke im Süden der Stadt wurde vom Sturm das Geländer beiderseits in einer Länge von 10 bis 15 Meter abgerissen und beiseite geschleudert, so daß der Verkehr behindert wurde. Auf dem Kreuzberg wurden viele Äste geschnitten und ganze Bäume umgerissen. Zwischen Adlershof und Niederlehmsenweide schlug der Blitz in einen Baum, als gerade ein Radfahrerverein die Stelle passierte. Der Baum stürzte in die Gruppe der Radfahrer, von denen zwei sofort getötet und verschiedene verletzt wurden. In Reinckenstraße legte der Sturm eine neu aufgeführte Umfassungsmauer in einer Länge von 100 bis 120 Meter nieder. Durch den plötzlich einsetzenden Gewittersturm wurden auch zahlreiche Segelboote auf den Gewässern in der Umgebung Berlins zum Kentern gebracht. Die Zahl der dabei Verunglückten konnte gestern abend nicht mehr festgestellt werden.

#### Vom Schlachtfeld der Arbeit

In Raibor explodierte in einer Stahlgießerei beim Einladen von Schrotgranaten ein Geschoss, in dem sich noch Sprengstoff befand. Es zerriff den Martinsofen. Das Ofenhäus und die Formerei gerieten in Brand. Drei Arbeiter wurden schwer, vier andere durch Brandwunden leicht verletzt.

## Der Deutsche Metallarbeiterverband im Jahre 1922

Von E. Melcher

„In jeder Beziehung war das Jahr 1922 äußerst arbeitsreich und unter den gegebenen Verhältnissen auch fruchtbringend.“ So zu lesen in der „Metallarbeiter-Zeitung“ Nr. 26 vom 30. Juni 1922. Die sozialdemokratische Presse, soweit sie zum Jahresbericht Stellung nimmt, würdigt die Tätigkeit des DMB im ähnlichen Sinne. Auch wir erkennen an, daß der DMB für eine beschränkte Anzahl reformistischer Verbandsfunktionäre durch die bezirklichen und zentralen Bildungskurse anderen Gewerkschaften gegenüber eine beachtenswerte Tätigkeit entfaltet hat. Zu würdigen verstehen wir die Herausgabe der „Betriebsrätezeitung“, deren Zeitung im Gegensatz zur Redaktion der „M.Z.“ bestrebt ist, vom Standpunkt der reformistischen Gewerkschaftsstatistik gutes und für die praktische Betriebsarbeit brauchbares Material den Funktionären auszuhandigen.

Schon bei nur oberflächlicher Betrachtung der Millionen- und Milliardenziffern im Rechnungsabschluß 1922 zeigt sich aber, daß diese Bildungsbestrebungen nur durch die Einschränkung der Ausgaben für Kampfwende möglich gewesen sind. Wir sind keine Gegner der gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Schulung breiter Arbeiterschichten, wo und wenn diese Schulung der Kampfverwirklichung dient. Wo dagegen die Bildungsbestrebungen den Kampfcharakter der Organisation zurückdrängen, betrachten wir sie zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben, zur Verbesserung der Lebenslage und Befreiung des Proletariats als hemmend und schädlich. Im DMB liegen die Dinge heute so!

Dank der verfehlten Taktik der deutschen Gewerkschaften, einschließlich des DMB, hat er als die größte Organisation der Welt gerade

im Jahre 1922 die bedeutendsten Einbußen als Kampforganisation verloren.

Um ein sicheres Bild von der Tätigkeit des DMB zu erhalten, sei sein Charakter als Kampforganisation nachzuprüfen, ist eine Gegenüberstellung des Berichtes für 1922 mit Berichten zurückliegender Jahre notwendig. In Hand der aus unserer Ausstellung ersichtlichen Jahrbücher des Verbandes haben wir die Rechnungsabschlüsse der Hauptkassen und der Lokalkassen als Ausgaben einzeln und insgesamt zusammengestellt. Darunter stehen die Ausgaben, die vom Metallarbeiterverband für Streik- und Gemahregelunterstützung von denselben Stellen einzeln und insgesamt verausgabt wurden. Gerade aufsehenerregend ist die daran angelegte prozentuale Aufgliederung des Anteils der Gesamtausgabe des Verbandes für Kampfwende.

### Arbeitslosenversicherung

Von Emil Eichhorn

Die Arbeitslosigkeit und die daraus resultierende wirtschaftliche Verelendung der Arbeiter (Schichten und anderer Volksteile) ist ein letztes Kind der kapitalistischen Wirtschaft. Sie kennt keine planmäßige Überwindung der Arbeitslosigkeit, ungezügelter Ausbeutung der Arbeitskraft ist die ergebende Quelle ihrer Vermehrung. Die Kapitalisten führen daher auch zu allen Zeiten den höchsten Kampf gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit, gegen eine Rationierung der Arbeit, abgesehen von der sozialen Stärkung der Arbeiterklasse, auch die Reservearmee der Arbeitslosen und damit deren Druck auf die Lohnbewegung vermindert. Diese Einstellung der kapitalistischen Klasse muß man berücksichtigen, um zu verstehen, daß das Problem der Arbeitslosenversorgung im Deutschen Reich, das sich durch das Aussterben der Sozialpolitik zu lösen bis zur „Revolution“ 1918 nicht überwindlich gelassen ist.

Uebrigens hat auch die Sozialdemokratie in früheren Jahrzehnten der Frage keine so große Bedeutung beigemessen; sie legte das Schwergewicht mehr auf Verkürzung der Arbeitszeit, von der sie automatisch die Verschwinden der industriellen Reservearmee erwartete.

Der Kriegszusammenbruch und sein durch verbundene wirtschaftliche Schocks waren nicht nur in Deutschland, sondern in allen industriestaaten Millionen von Arbeitern auf die Straße. Unter dem Druck dieser elementaren Not sahen sich die Regierungen genötigt, ab und zu eine gewisse Arbeitslosenversicherung zu organisieren, ohne sich groß mit theoretischen Problemen abzugeben.

Die deutsche Regierung will nun dazu übergehen, die Lasten der Arbeitslosenversicherung mittelbar auf die Arbeiter abzuwälzen. Sie legte dem Reichstag im Januar dieses Jahres den Entwurf eines Gesetzes über eine vorläufige Arbeitslosenversicherung vor, der nach dem Schema der übrigen sozialen Versicherungs-gesetze gestaltet ist. Ein Drittel der Kosten sollen die Arbeiter, ein Drittel die Unternehmer tragen; das letzte Drittel soll aus Staatsmitteln aufgebracht werden. Das von den Unternehmern zu bestreitende Drittel würde so also auf die Arbeiter abgewälzt. Versicherungsbeiträge sind für die Unternehmer Produktionskosten; ihr Profit darf durch solche Kosten nicht geschmälert werden, sie sind deshalb durch verschärfte Ausbeutung der Arbeitskraft aus den Arbeitern herauszuholen. Die kapitalistische Regierung findet diese Methode auch durchaus in der Ordnung. Schon bei der Schaffung der ersten Sozialgesetze beruhigte der damalige Staatssekretär des Innern Dr. Börsinger die Unternehmer mit der Zusicherung, daß es den Unternehmern selbstverständlich freigestellt sei, die auf sie entfallenden Beiträge auf die Arbeiter abzuwälzen; und bei dem Umsatzsteuergesetz aus der neuesten Zeit ist dieser Grundsatz erneut offiziell anerkannt worden. Man gehand den Produzenten direkt zu, die Umsatzsteuern den Konsumenten in Rechnung zu legen. Daß das auf den Staat entfallende Drittel auch wieder zum allerwichtigsten Teil von der arbeitenden Bevölkerung getragen wird, geht schon aus der Tatsache hervor, daß sich das Gesamtkommen des Reichs von 1923 auf nur 130 Milliarden beschränkte und über 50 000 Milliarden Verbrauchsabgaben zusammenstellt. Die Verbrauchsabgaben sind die Steuern der arbeitenden Masse. Die Lasten-Drittteil der geplanten Arbeitslosenversicherung reißt sich schon als Schauplatz für die Gedankenlosen, in Wirklichkeit sind die gesamten Lasten von der Arbeiterklasse zu tragen.

### Forderung der Kommunisten

Die kommunistische Partei lehnt eine Arbeitslosenversicherung unter allen Umständen ab. Die Arbeiter fordern eine allgemeine Arbeitslosenversicherung, deren Kosten das Unternehmertum aufbringen soll. Die Arbeitslosigkeit und ihre Verelendungsfolgen sind Schäden, die der kapitalistischen Produktionsweise entspringen, ihre Abwärtswirkungen sollen das Recht der anarchischen Wirtschaft tragen und für die Schäden, die sie anrichtet, aufzukommen. Selbstverständlicher Gedanke, der sich nicht noch klüßeln läßt, ist durch den kapitalistischen

	1900 Mtl.	1919 Mtl.	1920 Mtl.	1921 Mtl.	1922 Mtl.
Rechnungsabschluß der Hauptkassen . . . . .	8 615 771,58	60 478 980,78	140 224 170,68	227 051 221,77	2 698 629 999,19
der Lokalkassen . . . . .	8 578 784,07	32 441 151,15	86 099 227,19	184 220 857,01	781 682 422,00
<b>Ausgaben insgesamt . . . . .</b>	<b>12 104 505,60</b>	<b>92 920 081,88</b>	<b>226 923 397,87</b>	<b>861 272 078,78</b>	<b>3 318 259 371,79</b>
Streikunterstützung ausbezahlt durch Hauptkassen . . . . .	2 818 890,80	18 824 865,47	20 898 915,48	57 834 737,55	248 006 167,17
an andere Organisationen . . . . .	10 003,75	—	373 534,—	100 000,—	—
„ durch lokale Kassen . . . . .	654 785,92	5 369 172,06	8 498 145,94	22 187 075,08	61 846 898,—
Gemahregelunterstützung ausbezahlt durch Hauptkassen . . . . .	214 647,27	171 381,42	1 258 800,78	1 633 523,68	5 908 708,—
„ durch Lokalkassen . . . . .	53 784,15	70 445,82	494 443,03	845 435,22	1 008 932,—
<b>Gesamtunterstützung für Kampfwende . . . . .</b>	<b>3 755 611,89</b>	<b>23 985 865,67</b>	<b>31 463 859,18</b>	<b>82 600 776,81</b>	<b>817 760 385,17</b>
Prozentualer Anteil der Ausgaben für Kampfwende . . . . .	30,79 %	25,75 %	13,88 %	22,86 %	9,57 %
Mitgliederbewegung, Anzahl der Mitglieder . . . . .	385 075	1 005 180	1 603 932	557 088	1 624 544
Prozentualer Anteil an den Gesamtausgaben für die Metallarbeiter-Zeitung mit Betriebsrätezeitung usw. . . . .	1,91 %	2,68 %	4,24 %	3,26 %	5,58 %
Prozentualer Anteil an den Gesamtausgaben für persönliche Verwaltungskosten . . . . .	6,7 %	10,8 %	12,86 %	12,19 %	13,89 %

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ ist entweder so brüchig oder es liegt, wie in ihrer ganzen Schreibweise, System in den begleitenden Worten zum Jahresbericht, um wie stets Stimmung für den Reformismus zu machen. Die Metallindustriellen sind an letzter Stelle dumm genug, um der Reaktion Glauben zu schenken, wenn sie zum Klassenbericht zu schreiben wagt.

„Die süddeutschen Unternehmer glaubten einen günstigen Zeitpunkt zur Führung eines entscheidenden Schlages (süddeutscher Metallarbeiterstreik; d. B.) gegen den Metallarbeiterverband zu haben. Sie rechneten auf ungesunde Kassenverhältnisse unseres Verbandes, die nach ihrer Meinung bei der fortgeschrittenen Geldentwertung vorhanden sein mußten. Der Verlauf des Kampfes hat sie eines andern belehrt. Die unerschütterliche Grundlage unserer Verbandskassen wurde der Öffentlichkeit bewiesen.“

Nur um den tödlichen Zusammenbruch der reformistischen Gewerkschaftsstatistik in Deutschland den Arbeitern gegenüber zu beschönigen, nur um jene, die leider noch nicht alle geworden sind, kann die Redaktion der „M.Z.“ diese Sätze geschrieben haben. Eindeutig muß sie selbst im selben Abzug zugestehen, daß das ideale Kampfziel (Erhaltung der 46 stündigen Arbeitswoche in der süddeutschen Metallindustrie, d. B.) nicht erreicht wurde. Es ist noch in heller Erinnerung, daß die süddeutschen Metallarbeiter noch in der 10. bis 12. Streikwoche geschlossen wie eine Mauer standen, als der Vorstand für Zerbruch des Streiks eintrat, und so für die Verlängerung der Arbeitszeit in der süddeutschen Metallindustrie auf 48 Stunden mitverschuldete. Wie es aber beim DMB um die unerschütterliche Grundlage unserer Verbandskassen bestellt ist, beweist scharf in die Augen springend der geradezu katastrophale Rückgang der Ausgaben für Streik- und Gemahregelunterstützung im Jahre 1922, just in dem Jahre, wo der schwerste Kampf, den jemals die Metallarbeiter ausgefochten haben“, tobte.

Von den Gesamtausgaben des Verbandes sind, wie unser Schaubild zeigt, 1922 nur noch 9,57 Prozent für Kampfwende ausgegeben worden. Und auch dieser Prozentteil setzt sich nicht rein aus der ausbezahlten Streik- und Gemahregelunterstützung zusammen. Um in der Bilanz überhaupt noch für Kampfwende in die Augen springende Ziffern auszumarkieren lassen zu können, ist der DMB in den letzten Jahren dazu übergegangen, die verausgabten lokalen Streikunterstützungen mit den Ausgaben an Schulen, Fahrpläne und Lohnausfall

bei „Lohnbewegungen und Verhandlungen“ zusammenzufoppeln. Wenn diese an sich wesentlichen Summen abgetrennt, die reine Unter-Unterstützung an streikende und gemahregelte Mitglieder allein im Rechnungsabschluß ersichtbar vorgetragen worden wäre, dürfte sich zeigen, daß die Ausgaben für Kampfunterstützungen im Jahre 1922 kaum 9 Prozent betragen haben.

Wahrlich, besser kann der Bankrott des Reformismus in Zeiten des kapitalistischen Zusammenbruchs, des täglichen Anschwellens der Verelendung des Proletariats nicht dokumentiert werden als durch dieses Beispiel.

Nur die Mitgliederbewegung zeigt ein erfreuliches Bild. Daran scheint uns der Fortschritt und jene Verwaltungsstellen ohne Anteil zu sein, die eine bisher nie dagewesene Hege gegen den revolutionären Teil der Mitgliedschaft inszeniert haben. Die Kommunisten waren es, die trotz der Massenanschläge, der Aberkennung von Funktionen und Ausschließung aus Mitgliederveranstaltungen, der Nichtanerkennung ordnungsmäßig geführter Wahlen örtlicher Leitungen, der Einschüchterung von Zwangsverwaltungen gegen revolutionäre Mitgliedschaften und Stimmverletzungen, all dieser Verfolgung spottend, unermüdlich an der Größe und Schlagkraft des DMB gearbeitet haben. Sie können demnach mit Recht den Löwenanteil am Wachstum der Organisation in Anspruch nehmen.

Ein Beispiel von vielen: Die Verwaltungskasse Essen a. Ruhr zählte am Jahresabschluß 1922 8783 Mitglieder, die Wahl der gegenwärtigen kommunistischen Leitung wurde vom Vorstand zunächst nicht anerkannt. Zum zweiten Male mußte die Essener Kollegenschaft durch Abstimmung bestätigen, daß sie rückhaltlos hinter der kommunistischen Fraktion steht. Nach kaum 2 Monaten Tätigkeit der kommunistischen Ortsverwaltung, Ende März 1923, war ein Mitgliederstand von 17 520, also eine Zunahme von 8740 Mitgliedern zu verzeichnen. Wir schenken deshalb ob derartiger Gegenbeweise der Redaktion der „M.Z.“ ihre geglätteten, in verstellter Form vorgetragenen Antworten gegen die kommunistischen Verbandsmitglieder. Sie schämt sich nämlich nicht, in Nr. 26 des Verbandsorgans die Opposition gegen die arbeitsgemeinschaftliche Instanzentaktik mit den „offenen Feinden, dem Kapitalismus, mit seinen verbliebenen Anhängern“ als eine Stufe zu stellen.

W. unsere Ausstellung weiter zeigt, sind die Ausgaben für die „Metallarbeiterzeitung“, „Betriebsrätezeitung“, „Metallarbeiter-Spenden“ und der vom DMB bezogenen „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ enorm gestiegen.

gen. Stimmes und Konjunkten beherrschen trotz der Mitwirkung des DMB im Sitzwettbewerb nicht nur den Eisenmarkt, sondern auch die Papierherstellung und Verteilung. Die gewerkschaftliche und politische Arbeiterpresse leidet unter diesen Umständen am schwersten.

Gleichfalls enorm ist die Steigerung der persönlichen Verwaltungskosten. Unter dieser Rubrik sind zusammengefaßt die Ausgaben für Gehälter, die Sitzungsgelder, Aufwandsentschädigungen, Entschädigungen für Beitragskammer und Zeitungsabholer, die von der Hauptkasse und den Lokalkassen bestritten worden sind. Die beiden letztgenannten Aufzeichnungen in unserem Schaubild bedeuten durch das alljährliche Anwachsen ebenso wie das Zurückgehen der Ausgaben des Verbandes für gewerkschaftliche Kampfwende eine schlimme Erkrankung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Um das stellen wir nicht fest aus Freude am Niedergange des DMB als Kampforganisation, vielmehr aus größter Sorge für die gegenwärtige und künftige Interessenerrettung des deutschen Proletariats. Hier steht Verschweigen der tatsächlichen Verhältnisse gleichbedeutend mit offenem Verrat an der Arbeiterklasse.

Alle Beschönigungen der „Metallarbeiter-Zeitung“ helfen nicht darüber hinweg, daß die reformistische Gewerkschaftsstatistik unentrichtbar dem völligen Bankrott entgegensteht, daß durch das arbeitsgemeinschaftliche Zusammenwirken mit dem Unternehmertum den Gewerkschaften der Mutterboden, sogar für die kleinsten gewerkschaftlichen Kämpfe, entzogen wird. Ein Zurück zum revolutionären Klassenkampf allein, das geschlossene Ringen der Hand- und Kopfarbeiter um die politische Macht vermag die Wirtschaft dem Diktat des Geldsacks zu entziehen, vermag ihre Beeinflussung im Interesse des Proletariats, die deutschen Gewerkschaften vor völliger Ohnmacht zu schützen. Nur das Zerbrechen des Bündnisses mit dem Unternehmertum wird den DMB wiederum zu dem machen, was er in seiner Jugendzeit war: Ein harsches Werkzeug zur Befreiung des Proletariats.

Die Wahlen der Delegierten am 22. und 23. Juli zur 16. ordentlichen Generalversammlung können für den DMB zur Entschuldigungsstunde werden, wenn die Mitglieder die Zeichen der Zeit verstehen und unter der Führung Zurück zum revolutionären Klassenkampf den Reformismus im DMB für immer zu Boden rücken.

festen Kreisen Bahn bricht. So heißt es in einer Eingabe des deutschen Städtebundes an den Reichstag, unterzeichnet von den Oberbürgermeistern Böhm und Mühlhoff:

Das soziale Uebel der Arbeitslosigkeit ist eine unermessliche Begleiterscheinung des bestehenden Wirtschaftssystems und deshalb ist es eine selbstverständliche Pflicht der Faktoren der Wirtschaft, aus sich heraus die Kräfte auszubringen, die zur Heilung der im Vertriebe der Volkswirtschaft entstehenden sozialen Schäden erforderlich sind. Von den Arbeitgebern, die sich der Arbeitskraft des Arbeitnehmers bedienen, muß billiger Weise verlangt werden, daß sie zu ihrem Teile dazu beitragen, für Zeiten der Beschäftigungslosigkeit vorzusorgen.

Obwohl diese Sätze nur in der Abwehr drohender Gemeindefürsorge geschrieben, aber der Grundgedanke ist richtig: die Unternehmer haben den Gewinn von der Ausbeutung der Arbeitskraft eingestrichen, sie sollen auch die Kosten tragen, wenn die Arbeitskraft zeitweilig keine Verwendung finden kann; die Arbeitslosen haben ein Recht auf Fürsorge, ihre Schuld ist es nicht, wenn sie arbeitslos werden; man kann von ihnen nicht verlangen, sich gegen diese unverschuldeten Schäden zu verschließen.

Sobald grundfähig zur Regierungsvorlage. Sie stellt aber auch in ihrem weiteren Inhalt eine geradezu monströse Demonstration des kapitalistischen Geistes dar, der die Regierung Cuno-Bader-Drauns beherrscht.

### Die Versicherung eine Waffe gegen das Proletariat.

§ 16 der Vorlage bestimmt: „Arbeitslose, deren Arbeitslosigkeit durch Zustand oder Aussperrung ganz oder überwiegend verursacht ist, haben für die Dauer des Zustandes oder der Aussperrung keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.“

Also nicht nur Streikende, sondern auch Aussperrte sollen durch Entziehung der Arbeitslosenunterstützung gestraft werden. Wer streikt denn aus? Doch nur die Unternehmer! Der Unternehmer soll es danach in der Hand haben, nach Belieben seine Lohnslaven hungern zu lassen! Und wie niedertüchtig wirkt diese Bestimmung im Hinblick auf die Solidarität der Arbeiter. Die Unternehmer greifen bei Zeitstreiks oft zu dem Mittel, die anderen Arbeiter auszusperrten, um dadurch einen Druck auf die Streikenden auszuüben. Die Entziehung der Arbeitslosenunterstützung für die Aussperrten muß natürlich diesen Druck verdoppeln und hat augenscheinlich gar keinen anderen Zweck, als die Solidarität der Arbeiter zu zermürben. Welchen Wert die kapitalistische Cuno-Regierung gerade auf diese Bestimmung legt, wurde kund im Reichstagsverhandlungen; dort gab ein Vertreter des Reichsministeriums die Erklärung ab:

„Für die Regierung sei jede Gesetzesfassung untragbar, nach welcher Streikende oder Aussperrte die Unterstützung beziehen könnten, es genüge ihr aber auch nicht, wenn nur die Unterstützbarkeit durch Streik oder Aussperrung beschränkt werden würde.“

Der letzte Satz bezieht sich darauf, daß Sozialdemokraten im Reichstagsrat wenig-

stens den nur mittelbar gewissermaßen ausschuldigen Betroffenen die Unterstützung belassen wollten. Aber auch darauf will die Regierung nicht eingehen; ganz im Sinne der Unternehmer sollen gerade die unschuldig Betroffenen der Hauptbelastung zur Vernichtung und Sabotage aller Lohnbewegungen sein.

Der arbeitgeberfeindliche Standpunkt kommt ferner zum Ausdruck in § 15, der demjenigen, jeden Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung verweigert, der „freiwillig ohne wichtigen Grund seine Arbeit aufgegeben oder durch schuldhaftes Verhalten verloren hat.“ Es ist nicht anzunehmen, daß der Bauer der Vorlage so wenig mit den Arbeiterverhältnissen vertraut ist, um nicht zu wissen, welche Umstände häufig zur „freiwilligen“ Aufgabe der Arbeit führen können, und wie „schuldhaftes Verhalten“ der Arbeiter konstruiert werden kann. Wenn ein Arbeiter in einer der kapitalistischen Knochenschmerzen geschunden wird, und es schließlich nicht mehr aushält, dann ist er „freiwillig“ ausgetreten und hat keinen Anspruch auf Unterstützung. Wenn ein Arbeiter sich gegen unverhältnismäßige Zumutungen seiner Ollavenaufseher zur Wehr setzt, dann steht kein „schuldhaftes Verhalten“ fest, und er wird, obwohl entlassen, noch durch Entziehung der Unterstützung bestraft.

Daß die Arbeitslosenversicherung auch mit dem Arbeitszwang verknüpft werden soll, liegt in der Linie der Tendenz dieser Vorlage. Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung soll nur haben, wer „arbeitsfähig, arbeitswillig und unfreiwillig arbeitslos“ ist. „Wer sich ohne berechtigten Grund weigert, eine Arbeit anzunehmen oder anzutreten,

„auch wenn sie „außerhalb seines Wohnortes“ zu verrichten ist, hat für die Dauer der auf die Weigerung folgenden vier Wochen keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.“ (§ 18). Es ist noch ein Wunder, daß die Vorlage als „berechtigter Grund“ der Weigerung gelten lassen will, wenn der Tariflohn nicht bezahlt wird, wenn in der Arbeitsstelle gestreikt wird oder ausgesperrt worden ist, wenn die Unterkunft am fremden Ort für den Arbeiter gesundheitlich oder sittlich bedenklich ist, und wenn ihm, sofern er verheiratet, die Versorgung seiner Familie unmöglich wird.

„Berechtigter Grund“ soll auch sein, wenn die Arbeit dem Arbeitslosen nach seiner Vorbildung oder früheren Tätigkeit oder körperlichen Beschaffenheit nicht zugemutet werden kann. Aber nach Ablauf von acht Wochen seit Beginn der Unterstüttung kann der Arbeitslose aus diesem Grunde die Arbeit nicht mehr verweigern. Tut er es doch, dann verliert er die Unterstützung; d. h., daß für qualifizierte Arbeiter, Schriftsetzer, Uhrmacher, Feinmechaniker usw. usw., sofern sie sich nicht für ihre ganze fernere Lebenszeit die Ausübung ihres Berufs unmöglich machen wollen, die Arbeitslosenunterstützung tatsächlich auf acht Wochen beschränkt wird. Damit kein Glied in der Kette fehlt, sind die Arbeiter auch gezwungen, sich gegebenenfalls einer Berufsausbildung, zu unterziehen. Wer sich weigert, verliert für die auf die Weigerung folgenden 4 Wochen seine Unterstützung (§ 14).

Die generöse Arbeitslosenunterstützung, die die Regierung in ihrer Vorlage verheißt, ist also verbunden mit dem Risiko völliger Vernichtung der unter Mühen und Kosten erworbenen Berufstüchtigkeit und der Aufhebung der Freizügigkeit der Arbeiter. (Schluß folgt.)

bestern, daß er ihnen den Revers, monach Gailassungen aus Anlaß des Streiks nicht vorgenommen werden dürfen, nicht vorlegen könne. Ihre Entlassung sei keine Maßregelung.“ Damit glaubte er sich aus der Schlinge ziehen zu können, denn die Bauhütte ist bekanntlich ein Auktionshaus des Bauarbeiterverbandes.

Aber zugleich ist dieser Fall ein Beweis, wie mit den Geldern der Steuerzahler herumgewirbelt wird, um mit liebigen Kollegen auf sanfte Art maltrahieren zu können. Denn der Tag mußte trotzdem sein Handschlag Arbeit geleistet worden dürfte, voll bezahlt werden.

### Arbeitervertreter oder Noldis?

Am Montag, den 9. Juli, abends gegen 10 1/2 Uhr, kamen in den „Becher“, Ober-Waldenburg, drei wandende Gestalten. Eine von diesem Abend war der Arbeiter-Sekretär Gieseler vom BVB Waldenburg. Kurz nach ihrem Eintritt geriet der eine von den dreien mit dem Gastwirt in Streit, und zwar verlangte dieser für eine Wurst für seinen Hund, auf Erwidrung des Gastwirts, daß er nur Wurst für seine Gasse habe, aber nicht für Hunde, gerieten hierauf diese Schnaps- und Bierhelden in Eriste und warfen mit den unsäglichsten Schimpfwörtern herum. Kurz und gut, sie hausten wie die Vandalen. Sie bedrohten den Gastwirt mit Stöhlen. Ja, es kam sogar so weit, daß die Frau des Gastwirts blutig geschlagen wurde. Gieseler hat sich wieder an diesen Heldenmännern mit herborgelassen. Arbeiter, so setzen eure Führer aus. In Ausschüssenverhandlungen fallen sie wie wild über die Kommunisten her, die es wagen, den auch-Arbeitervertretern die Maske zu lüften. Kameraden, merkt es euch. Geht dieser Sorte von Führern den rechten Einspruch. Kameraden, sorgt dafür, daß solche Sorte von Führern verschwindet von ihren Posten.

### An den Branger

Ein wirklich sehr feiner Herr ist der Maschinenmeister Sperrau der Grube „Glückauf“, Lichtenau in Schlesien. Im Schichtieren der Arbeiter sieht er musterhaftig da. Gearbeitet kann bei dem Herrn nie genug werden.

Seine Beweise seiner gut bürgerlichen Manieren legte er dieser Tage ab, indem er dem Lehrling Kühn drei Ohrfeigen schlug. Gieseler hatte am Tage vorher den Auftrag bekommen, nach Geierabend für einen Angestellten einen Rahmen mitzunehmen, doch war ihm dies nicht möglich, da der Raum, wo sich selbiger befand, schon verschlossen war. Am anderen Morgen mußte der Lehrling in die Meisterbude kommen und da gab's gleich links und rechts welche an die Ohren, gleichartig sagte er ihm, er solle sich vom Werke speien, er wäre überhaupt ein ganz sauler Kerl, am 1. Mai hätte er auch gebummelt, wo die anderen Lehrlinge gearbeitet hätten. Herr Sperrau hat damit wirklich eine Heldentat vollbracht. Ja, es ist wirklich eine Glanzleistung, wenn ein so großer, starker, vollgepflanzter Meister ein armes, ausgemergeltes Proletariat ins Schlingel schlägt.

Arbeiter von Geierabend und Lichtenau, gebt sofort Acht auf diesen Herrn. Sperrau Sperrau bitten wir, so weiter zu machen.

Ein ebenso trautes Kapitel ist auch der Torarbeiter Willh Reichle, ebenda beschäftigt. Als selbiger noch als gewöhnlicher Schlosser am Schraubstock stand, so wie schliefte er da auf das Unternehmertum. Doch dann, welcher Wandel, er freite ein Weib, der damalige Maschinenmeister wurde zur Hochzeit eingeladen und er angetanzt nachher zum Torarbeiter. Böse Jungen behaupten, die Hochzeit hätte dazu beigetragen. Der Maschinenmeister war aber inzwischen bei der Weitzleitung unlesbar geworden und er mußte gehen, doch Herr Reichle geht nun übermäßig Schmuhfibel hinter ihm her. Das genügt wohl, um seinen Charakter zu beurteilen. In einer wirklich frivolen Weise schikaniert und triagt er seine Arbeitskollegen.

## Betrieb - Gewerkschaft

### Ablehnung des Schiedspruchs der Metallindustrie

Der Schiedspruch in der Metallarbeiterbewegung ist gefallen. Es war vorauszu sehen, daß er den von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Höchstlohn von 9680 Mark nicht übersteigen würde. Man denke, 9000 Mark Höchstlohn für einen Metallarbeiter, in einer Zeit, wo die Preise tagtäglich tausende Mark in die Höhe klettern.

Die ganze Engstirnigkeit unserer Gewerkschaftsführer kommt in diesen Zahlen zum Ausdruck.

Die Vertrauensleute haben diesmal die richtige Antwort gegeben. Ohne zu debattieren, wurde beschlossen, den Schiedspruch abzulehnen. Es sollte nun in den Betrieben zur Abstimmung kommen. Die Kampfesituation ist unter großen Teilen der Arbeiterchaft durchaus gut. Ganz spontan verließen heute morgen die Abteilungen Lokomotivbau, Zanderbau, Kesselbau und Lokomotivbau den Betrieb der Linde-Hofmann-Werke. Die Betriebsräte dieser Abteilungen hatten heute morgen das Ergebnis des Schiedspruchs und der Vertrauensmännerversammlung bekanntgegeben. Die Betriebsräte nahmen noch einmal Rücksprache mit der Direktion. Als diese auf dem Standpunkt stehen blieb, daß die Arbeit sofort aufzunehmen sei, verließen die genannten Abteilungen den Betrieb.

Es fand nun eine Beratsung bei Handach statt, in welcher zur Urabstimmung Stellung genommen wurde. Der anwesende Vertreter des Metallarbeiterverbandes, Kollege Wenzel, verlangte, daß man in den Betrieben zurückgehen solle, um abzustimmen. Als beschiedene Kollegen, auch solche der GBS, dagegen geltend hatten, richtete Genosse Anwal als Betriebsrat noch einige Worte an die Be-

sammeln und ließ dann abstimmen. Einmütig lautete der Wille der Kollegen, nicht im Betrieb, sondern im Garten von Handachs Restauration findet die Urabstimmung statt. Die Zerstreuung, die heute schon unter den Arbeitern der L.H.W. durch die schlechten Parolen der Gewerkschaften vorhanden ist, muß mit allen Mitteln beseitigt werden. Die Gewerkschaften dürfen nicht nur die Mitglieder abstimmen lassen, ob sie streiken wollen oder nicht, sondern sie müssen die Arbeiterchaft zum Kampfe rufen, sie vorwärts treiben, damit der Sieg errungen wird. Das ist die Aufgabe der Gewerkschaft.

### Maßregelung bei den sozialen Bauhütten

Nachdem es den Bürokraten des Deutschen Bauernbundes gelungen war, den Kampf der Arbeiter abzuwürgen, können die Maßregelungen einsetzen. Mit welchen Maßregeln die Unternehmer daran gehen, die mißliebigen Kollegen los zu werden, zeigt folgender Fall.

Die Stützungs-A.G., Breslau, Schußbrücke 74, Baustelle Pöpelwitz, hat am letzten Dienstag den gesamten Bau ruhen lassen. Wie es hieß, sollte das Unternehmen in andere Hände übergehen. Die gesamte Belegschaft blieb den ganzen Tag über auf dem Bau, ohne arbeiten zu dürfen. Um 4 Uhr wurde dann gegen 23 Kollegen die Entlassung ausgesprochen. Angeblich, weil die soziale Bauhütte jetzt den vorher von der Stützungs-A.G. mit Staats- und Stadtschulden geführten Betrieb übernommen habe. Die Kollegen haben natürlich sofort beim Schlichtungsausschuß Klage erhoben. Es steht nämlich fest, daß der Bauhüttenführer schwarze Listen führte. Auf eine Beschwerde beim Verband erklärte der Vorsitzende Maize den Ar-

### Das Metall der Solan

Roman von Concha Espina

12)

### Estuaria

Ueber die weite Flusslandschaft, die still und trübsallich, Estuaria das wertvolle Ansehen eines Wahlsandes gibt, erheben sich nahe der Mündung riesige eiserne Hafendämme, wo die Millionenwerte des großen nordischen Bergbauunternehmens sich aufhäufen. Unendliche Kräne mit Greifern und Magneten, Ausrüstungsgegenstände und Maschinen stehen in den Säulenhallen, mit riesigen Drehscheiben, die von Dächern und gegossenen Säulen gestützt werden. Die ungeheuren Maschinen schneiden ihre düsteren Silhouetten in das durchsichtige Blau des Himmels zu Füßen der hohen, wildigen Hügel, an deren Abhängen die Häuser in abfallender Linie bis zu der waldartigen Ebene von Lagunen gestülpten Ebene herabsteigen.

Die Stadt wird in der Höhe begrenzt von der Regen der Ginta und Odrakon, der Gintaküste des Berg de la Saca und der Kabega de la Gorta. Der Arco de la Gorta, der Arco de la Gorta und der Arco de la Gorta, die sie in demselben Ruhe umgürten, bilden ihr ein Spiegel und münden zugleich mit all den kalten Wasserläufen, die sich aus den Bergen lösten, in die Ruhe der Bucht ein.

Als der „Horch“ in den Gangarmen des Hafendammes lag, schrieb Kolaris Camillan unter ihre letzte Signe. Thor mit dem Hammer Mieder. Ueber der stützigen Zeharria verließerte der Offizier mit Begleitung. Die Signe ist vorzüglich ein Wunder an Ausdauerkraft und Stillsitzen! Durch dieses Lob fühlte sich gleich, schlug das junge Mädchen die Blätter um und ließ sich die Karikaturen der Leute sehen, die ihre Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatten. Ein Moment in Form eines Zitats gab den Charakter dieses Lebens. Der Mann mit

dem Hunde“ war Gabriel Suarez, infolge seiner in schwerer Haltung, während das Meer Solana ganz verfiel. Als „His Majesty's Officer“ mit seiner Uniform und seinem charakteristischen Gesicht erstand Walter Penns eigenes lebenswichtiges Bild.

Dieser hält die Augen mit einiger Anruhe auf seine eigenen hart karikierten Züge geheftet und murmelt:

„Ich hätte niemals einen so ausgezeichneten Humor bei ihnen vermutet.“

„Warum?“

„Sie erschienen mir zu gefährlich dazu.“

„Kaffen sich diese beiden Eigenschaften nicht vereinen?“

„Offenbar doch.“

Kolaris schloß, Mißgunnung hervorgerufen zu haben, und sagt verächtlich:

„Guter Humor ist eine englische Eigenschaft.“

„Und later Geist eine spanische“, erwiderte der Offizier galant, während er das mit Zehnhängen und Ohrringen gefüllte Album durchblätterte, die langsam verraten, mit welcher feinen Gefühl die Karikaturen das Wesen der Karikatur beherrschte, ohne jemals die unmerkliche Grenze zu überschreiten, jenseits welcher die Verherrlichung die Abhängigkeit ausschließt. Es folgten in dem Heft andere Zeichnungen, die in der gleichen anmutig und energisch kritischen Art Jansenismus und Landhäuser in hart persiflischer Auffassung darstellten; die einzelne Form, die breiten, freien, nur andeutenden Striche, es schienen Krume stütziger Arbeiter, ein Verbrüder und eine Entfaltung zugleich.

„Führen sie die Feder ebenso geschickt wie das Zeichenstift?“ fragt Walter Penn mit immer wachsendem Interesse.

„Beständig bin ich noch mit keinem von beiden geübt“, erwidert das junge Mädchen mit aufrechten Lippen. „Sie scheinen mir jetzt Kolaris zu malen wie ein Andalusier.“

„Und weshalb haben sie mein Porträt hier untergebracht, indem sie es „His Majesty's Officer“ nennen?“

„Weil es mich bestreitet, daß im freien England die Schiffe und die Soldaten des

Volkes als Eigentum seiner Majestät bezeichnet werden.“

Der Engländer erscheint etwas betroffen, vielleicht haben diese Worte, die die Disziplin vordrückt, bisher keinen slavischen Klang für ihn gehabt. Und er antwortet, selbst wenig überzeugt von seinen Worten:

„Das ist eine Formel! In meinem Lande respektiere die Gehege, aber die Namen bleiben.“

Das Mädchen zuckt ungläubig die Achseln und nimmt die Zeichnungen an sich; sie ist schon in Hut und Schleier. Ihr Bruder ist mit dem Gepäck beschäftigt, und die Wasser, die am Hafendamm umherlungern, wundern sich, daß eine so gutgekleidete und vornehme Dame in einem Kohlenboot reist.

Kolaris steht bereits am Landungssteg und hört gerade noch die letzten Worte des Offiziers, der nicht mehr weiß, was er sagen soll und wie doch so gern zurückfallen möchte:

„Morgen gehen sie also nach Pite der Stadt hinaus?“

„Es ist nur ein Städtchen, übertreiben sie nicht, ein bescheidenes Hollenstädtchen.“

„Ich werde versuchen, sie vor der Abreise noch zu sehen, wir werden um Mitternacht den Anker lichten.“

„Adieu sie wohl!“

„Adieu sie wohl!“

Kolaris hält Jose Luis auf der Mole ein, und Walter Penn folgt mit den Augen dem jugendlich ruhigen Gang der Kolaris, die wie zwei Erbauer dahinschreiten. Sie werden nochmals den Kopf, um den Seemann zu grüßen, der sein Haupt entblößt, und gehen mit der Bekanntschaft des Absehens, wie das Boot kleiner und kleiner wird und schwarz und schwarz die rote Seite des Landungsplatzes freilegt.

Nach am gleichen Nachmittag machen die Geliebten ihre Besuche, um ihre Entfaltung und Entschleunigung zu überbringen, damit die einflussreichen Persönlichkeiten der Stadt ihnen in Pite ein Unterkommen und die Möglichkeit zur Durchführung ihrer informellen Missionen möglich machen.

Bei dieser Gelegenheit lernten sie einige sehr lebenswichtige Leute kennen, darunter

einen Professor aus Jaen, der seinen Bart färbte, sich für einen schönen Mann hielt und sich in Estuaria sehr langweilte, da er vor dem Kriege viel zu reisen und den Sommer in Biarritz zu verleben gewöhnt war. Während der „Gailon“ war er in Bergweisung, denn weder Cardinero noch San Sebastian waren als Badeorte nach seinem Geschmack. Im Herbst würde er wie gewöhnlich in die Hauptstadt gehen, wo er sich sehr wohl fühlte; er wohnte — natürlich — in Rio, einem Hotel, das eine Fülle von amerikanischen Millionären mitwies, es waren schöne und interessante Frauen darunter, aber er konnte zu keinem Entschluß kommen; er war selbstständig und trage... Und er blickte mit Sonnenbrille auf die Fremde, die an seiner Seite ging.

Sie überquerte den großen, in andächtiger Stille dahingehenden Platz, in dessen Mitte sich eine herrliche Palme wog, deren Schatten von allers her der Lieblingsaufenthalt der alten Stadtbewohner ist. Auch jetzt liegen einige unter ihrem ausgeparnten Thronstuhl, und einige Mädchen geben Schwanz umher und mischen sich unter andere Leute von schwerfälligen, traurigen Aussehen. Hinter einer Baumreihe umgeben niedrige, unbedeutende Gebäude von leuchtend weißer Farbe die Promenade.

Kolaris und Jose Luis sehen einander beifügt an, während der Professor immer weiter schwaft. Er sei in seiner ersten Jugend ebenfalls Journalist und Zeichner gewesen, habe Artikel geschrieben, Verse gemacht, schlaute Bilder gemalt, das seien Kinderfrivolitäten... Jetzt würden keine Bücher in Madrid verlegt, es handle sich um Kulturarbeit, eine lateinische Grammatik, ein spanisch-portugiesisches Wörterbuch — Worte, die hatten und sehr reichen Inhalts. Denn man könnte an ihrem Tage den Rest an freier Mühe, ein Hemd, das Licht sei ein kindliches Ereignis, die Kraft ordinar, die Liebe eine bezaubernde Torheit. Ach, der Herr! Die Religion! Die amerikanischen Wägen! Welche Dämme!... Ja Estuaria sei es allzu heiß... (Fortf. folgt)

Abend am Lauenplah. Im Schieber-
kaffee raucht Müll. Geschier Meri auf mar-
mornen Fischen. Als wird herumgereicht.

(Unterbesen hat sich dem Kaffee gegenüber
eine Anzahl Männer und Frauen angefam-
melt. Wohlwängler sind in schäbiger Klei-
dung. Hoßwanger sind darunter. Sie leben
zu wie sich diese "bernehmte" Gesellschaft am-
blier, wie man tafelt, lacht und geseht. Und
seltsame Debatten steigen auf. ... Was es
so sein? -

Die Kapelle spielt den "Puppenwalzer".
Man raucht der Bessal, untermengt mit
Wäfergellir. Wer denkt von diesen vergnüg-
lichen Herrschaften an die armen Gaffer und
Jauunzertgäste, da bräben vor dem Solal?

Sie Surusauto fährt vor.
Der Kaffee mit Demahl!
Der Kellner verbeugt sich. Großspurig wird
die Spelletarte in Augenschein genommen. Der
Preis stellt ja keine Rolle. Es wird ja genug
"verdient".

Und in der freiesten Republik verhängern
die Proletarier, die Kinder gehen zugrunde.
Ausgemergelt, in den frühesten Jugendjahren
bereits den Fluch des Kapitalismus am eigen-
en Leibe büßend, vegetieren sie dahin, ein
Leben ohne Sonne und Freude. Die Schieber
aber können auf Kosten des Proletariats ein
Leben in Saub und Draus führen. Auf gä-
rendem Vulkan langt eine verfallende Gesell-
schaft den Totentanz...

Offener Brief zur Alkoholbewegung
und Schantflügelgesetz

Man schreibt uns:
Gerechtigkeit wird dem Antialkoholiker zu-
teil, wenn in dem Gesetz aus medizinischen
Gründen der Alkoholgenuß ohne ärztliche Ver-
sicherung der männlichen und weiblichen Ju-
gend in den Entwicklungsjahren bis zum Al-
ter von 18 Jahren verlagert wird.

Das zur 8 Jahre bestehende Alkoholverbot
in Amerika erlaubt jetzt, wegen der heimlichen
Getränke-Selbstproduktion zuhause, wo nicht
bloß heimlich, sondern unheimlich getrunken wird,
zunächst schwachprozentige Getränke gewerblich
herzustellen.

Bedenklich fragwürdig und unverständlich ist
die Verordnung einer deutschen Reichsstelle
(der Branntwein-Monopol-Verwaltung), wo-
nach der in Deutschland so beliebt gewordene
Schwachprozentige Korn-Branntwein auf ein-
mal 35 Prozent stark sein muß, wo sich (weil zu
stark und ungewohnt) sogar der echte Korn-
trinker davor schüteln muß, und bezweifle
stark, daß das ärztliche Gutachten, wonach stark-
prozentiger Branntweingenuß dem Körper dien-
licher sein soll, wo allgemeinen zutrifft (?),
vielleicht nur bei außergewöhnlicher Kälte oder
großer Hitze, wo kräftigeren Naturen von jeder
das Brennergewerbe genügend Auswahl stark-
prozentiger Getränke geboten hat, wäre es
besser gewesen, wenn die Branntwein-Monopol-
Verwaltung die schwachprozentigen Brannt-
weine den durch Unterernährung nicht kräftige-
ren Naturen belassen bezw. nicht verboten hätte.
Besonders unangenehm und verwerflich wird
der starke 35 prozentige Monopobranntwein
auf Deutschlands Zukunft (das ist die Jugend),
wo das ärztliche Gutachten ebensowenig paßt,
wie für alle, welche durch die verteuerten Ver-
brennungsmittel an Unterernährung geschwächt sind.
Wenn bei Epidemien, z. B. Influenza, Grippe
usw. die von ärztlicher Seite verordneten Sple-
ritusen vorteilhaft wirken, bleibt es den Al-
kohol- und Selterwasserhelden überlassen,
in die'er Beziehung klüger zu sein. Die Quelle
unliebsamer Begleiterscheinungen ist die neu-
zeitliche Destille ohne Speisewirt-
schaft.

Bedenfalls dürfte es einem jeden freien
Deutschen je nach seinem Befinden frei bleiben,
zu seiner Erholung nach des Tages Arbeit
im Lokal seinen Körper für den nächsten Tag
zu stärken, gleichviel, ob mit S-ter, Limona-
de, Bier, Korn, Tee oder Kaffee usw.
Es müßte auch dem Antialkoholiker gleich-
gültig sein, ob sein Landsmann mehr Zuneigung
für Bier, Korn oder etwas andres hat.

Es scheint, als ob die Limonaden- und Selter-
wasserhelden den Kampf gegen Bier und Korn
aufnehmen wollen und zwar ohne Grund, weil
der Alkoholverbrauch in Deutschland gegenüber
der Friedenszeit sich um circa die Hälfte ver-
ringert hat. Deutschland hat doch vor dem
Kriege mehr gearbeitet, als wie kaum ein
anderes Land der Welt und wie kamen durch
die Arbeit und durch den damaligen freien
Handel zu dem früheren Friedenswohl-
stand, trotz dem damaligen doppelten Al-
koholgenuß.

Sie Bedürfnisse des Bergarbeiters, Wad-
feld- und Schwerarbeiters, Kutschers usw.
scheint der Antialkoholiker nicht zu kennen,
ebenso scheint er nicht zu wissen, daß durch
die Traber- und Schlempe-Li hütterung aus
Brauereien und Brennereien die Viehzucht so-
wie die Milchproduktion gefördert wird. Des-
halb rate ich den Antialkoholikern, die Ber-

Die Tragödie eines Kriegsinvaliden

Als in dem sogenannten "großen Kriege"
die Arbeiter für Deutschlands Ehre und Heil,
für die Interessen der Kapitalisten auf die
Schlachtbahnen getrieben wurden, da zerfielen
die patriotischen Schwäger in sich überleben-
den Phrasen von dem "Dank des Vaterlandes".

Der Krieg war beendet. Millionen bedrte
ber tähle Raten. Millionen waren geschädigt
an Gesundheit und Arbeitskraft. Millionen
warteten auf den verschprochenen "Dank des
Vaterlandes" der den zurückbleibenden Kämp-
fern versprochen war.

4 1/2 Jahre sind ins Land gegangen. Die
Zweimühle kapitalistischer Fron hat die noch
brauchbare Arbeitskraft aufgesogen. Der Kap-
italist fragt nur nach der Leistung. Insofern
bedrängt, Kriegsbeschädigte zuletzt entlassen,
Rücklicht nehmen auf die dem Vaterlande ge-
opfert Gesundheit, das alles wird Begriffe,
die dem Kapitalisten fremd sind. Er fragt
nur nach dem Profit.

Und die Behörden? Unter dem Druck der
Arbeitsverhältnisse hat man Verfügungen erlassen,
zugunsten der Kriegsbeschädigten. Unter dem
revolutionären Druck der Arbeitermassen wur-
den in der Rentenzuteilung die größten Här-
ten beseitigt.

Aber das alles ist längst anders geworden.
Die Offensivhe des Kapitals, der Kampf um
die restlose Beherrschung des Staates durch die
Schwerindustrie (auf unter dem Stichwort der
Balanzierung des Staatshaushalts jene Arme-
spähre, die den Ärmsten der Armen das
trauere Brot vor dem Munde wegstaßt, die aus
der Arbeiterklasse Steuern herauspresst, die als
fette Beute dem Großkapital in den
Taschen geworfen wurde. Keine Schuldenstil-
lung war zu sehen, keine Stabilisierung des
Hausstandes. Im Gegenteil, das Defizit
wuchs ins Riesenhafte, die Bankrottwirtschaft
wächst ins Uferlose. In laufendem Tempo
geht die Fahrt in den Abgrund. Verschmet-
ternd die menschliche Kultur, vernichtend die
Ehrfurcht der Arbeiterklasse und aller Kreise
des arbeitenden Volkes, hinab in die Ver-
dammnis, ins Chaos der Vernichtung.

Vor uns entrollt sich die Lebensgeschichte
eines Schwerekriegsverletzten. Ein Einzelid-
fall; aber als Symptom eine erschütternde An-
lage gegen die bürgerliche Gesellschaft.

Dem Schwerekriegsbeschädigten Hermann
Scholz aus Breslau, der außer einem Bein-
leiden, sowie chronischem Gelenk- und Muskel-
rheumatismus noch schwer herzleidend ist,
wurden bisher 80 Prozent Rente gezahlt. Bei
den geltenden Sätzen eine lächerlich geringe
Summe. Im vorigen Jahre wurde nun Scholz
vom Versorgungsamt eine Baderkur in Warm-
brunn bewilligt. Er war zu der Zeit so lei-
dend, daß er unterforschende Gehelart bezweifel-
te, daß er transportfähig sei, aber auf die
Erklärung Scholz, daß er sich selbständig fühle,
doch die Zustimmung gab. Er empfahl ihm
jedoch, den leitenden Arzt des Bades sofort
auf das Herzleiden aufmerksam zu machen,
was Scholz auch sofort bei seiner Ankunft
besorgte.

Bei dieser ersten Meldung gab es bereits
einen Aufruf, wobei der Arzt, Dr. Trache,
erklärte, daß Hauptversorgungsamt habe ihm
keine Vorschriften zu machen. Scholz sei nicht
wegen des Herzleidens, sondern wegen des
Rheumatismus zur Kur geschickt worden.
Außerdem drohte Dr. Trache, Scholz sofort
wieder zurückzuschicken, worauf sich derselbe
natürlich nicht einließ. Scholz belam nun vier
Bäder, neue Quelle und ein Kohlenäurebad,
außerdem eine Stunde medonemehamischen
Apparat und Massieren verschrieben.

Schon bei dem ersten Kohlenäurebad be-
lam der Patient derartige Herzbellemmung,
daß die Herzrhythmus ausblieb und derselbe
hinterwärts in die Wanne fiel. Hätte er nicht
Geistesgegenwart genug befallen, so wäre er
unerschlar in der Baderwanne ertrunken. Als
Scholz dem Arzt hierüber Meldung er,altete,
verschrieb er ihm ein zweites Kohlenäurebad.

und Rekrutier in Ruhe zu lassen und diese
nicht mit Säubern in einen Topf zu werfen.

Anstatt einem Alkoholverbot wird der über-
mäßige Alkoholgenuß am besten durch die Wie-
dereinführung der Säuerlichen (wie vor
dem Kriege) bekämpft. Außerdem noch eine
Liste der Nachtruhesörer und eine dritte
Liste für Schieber und Wucherer, welche
die größten Volkseinde sind.

Der Annahme des Schantflügelgesetzes
dürfte keinesfalls der Gesetzgeber die Volk-
smaße ungesch, er lassen, da sonst wie in Amerika
das Verbotene heimlich und unheimlich ge-
trunken wird. Durch ein einseitiges Alkoholver-
bot werden viele tausende Existenzen verar-
beitet und Millionen arbeitslos bezw. brotlos ge-
macht, dies würde keine Spur von Verwirkli-
chung sein.

Breslau, den 3. Juli 1923.
Paul Herrmann, Zobtenstraße 7.

Der Reichsbund der Kinderreichen
Deutschlands

(zum Schutze der Familie) - Schlesischer Provin-
zialverband e. V. hatte am Sonntag, den 8. Juli er,
eine Bundesversammlung. Aus Stadt und Land, so-
gar aus Oberschlesien, waren die Vertreter der
Kinderreichen in anscheinlicher Zahl erschienen.

Die Verhandlungen betrafen Berichte über die
Reichsbundestagung am 9. und 10. Juni 1923
in Berlin und die Organisation in Schlesien. Nach
einigender Aussprache gab man einstimmig der
Ansiht Ausdruck, daß die Not der Kinderreichen
auf höchste gestiegen sei und Staat und Gesell-
schaft keine Zeit mehr verstreichen lassen dürften,
den Kinderreichen mit der Tat zu helfen. Des
sogenannten Wohlwollens und der Versprechungen
sind die Kinderreichen überdrüssig geworden. Sie
fordern ganz energisch die Verwirklichung der Zu-
sagen der Reichsbundestagung auf Schutz und Hilfe
für die Familie, insb. iondere die Kinderreiche.

Ohne gesunde Familie kein gesundes Volk und
kein lebensfähiger Staat!
Darum muß alles getan werden, was die so-
ziale, kulturelle und wirtschaftliche Lage der Kinder-
reichen bessert. Bittere Klagen wurden über die
Zurücksetzung der Kinderreichen laut.

Nach dieser Kur begab er sich in die
Wohnung des Arztes zur Apparatebehandlung.
Die Schwester konnte hier den Patienten
an den Armen leit und lehle den Wandel
in Bewegung, so daß der Patient vor Schme-
ren laut ausschrie. Gest auf die Vorhellung
hin, daß er als Sanitätler die ungeschämte
Behandlung für Herzleidende feststelle, wurde
dieses Verfahren eingestellt. Am folgenden
Tage melbete der Patient dem Arzte, daß er
nicht mehr zu den Apparaten gehen werde,
da die Sache zu aufwendend und er die ganze
Nacht nicht geschlafen habe. Nun erst wurde
die Apparatebehandlung eingestellt und dem
Patienten statt dessen starke Gyalergänge be-
ordnet. Auch die an dem Patienten best-
stehende Mollage war eine Fortfür. Es wurde
mit Speiseln gearbeitet, sog. Trodenmassagen.
Die Wirkung dieser Massage ist, daß die
Poren verstopfen, wodurch sich Hautentzündun-
gen bilden.

Da nach vierwöchentlicher Kur sich die Ver-
den verschlimmert, statt gebessert hätten, fuhr
Scholz nach Breslau zurück, wo er einige Tage
später einer Untersuchung unterzogen wurde.

Die Untersuchung wurde von Dr. Strauch
geführt, der die Eltern von dem zuerst be-
trauten Arzt Dr. Krollaler übernommen hatte.
Das Resultat der Untersuchung teilte Dr.
Strauch folgendermaßen in den Eltern mit:
Herzrhythmus kaum hörbar, Muskel- und Ge-
lenkrheumatismus sehr gebessert.

Hierauf schloß man die Rentenversicherung ein.
Nach einigen Tagen belam Scholz den Be-
scheid, daß auf Grund der ärztlichen Unter-
suchung die Rente von 80 auf 30 Prozent
gesenkt worden sei. Als sich hierauf Scholz
ins Hauptversorgungsamt begab, um Beschwer-
de einzulegen, wurde er vom Gehelart Dr. Böhm
untersucht, der ihm erklärte: Sie können un-
besorgt sein. Sie erhalten nicht nur die 80 pro-
zentige Rente, sondern 100 Prozent! Darauf
stellte er ihm ein Attest über den Untersu-
chungsbefund aus. Eine spätere Untersuchung
durch den Kreisarzt Dr. Heintze ergab das-
selbe Resultat.

Auf dem Hauptversorgungsamt wurde Sch-
olz nun der Bescheid gegeben, sofort Berufung
einzulegen, was auch geschah. Im Oktober
vorigen Jahres erhielt Scholz nun den Be-
scheid, daß die Rente von 30 auf 50 Prozent
erhöht sei, trotzdem belam er nur 30 Prozent
ausgezahlt. Auch die beiden letzten Vor-
schüsse wurden mit nur 30 Prozent bezahlet,
so daß er statt 66 000 nur 27 000 Mark aus-
gezahlt erhielt.

Zu dem Hetauf beim Reichsverwaltungs-
gericht eingelegten Rekurs wurden vom Dreslau-
er Hauptversorgungsamt die Gutachten zugleich
eingeliefert, worin Dr. Strauch den Patienten
als Querulant und Alkoholik bezeichnete.
Am 14. Juni war Termin. In dem hier ver-
fassenen Protokoll wird festgestellt, daß Scholz
an einer Rippenfellentzündung erkrankt gewe-
sen sei, was von demselben als absolut un-
zutreffend bestritten wird.

Auf eine schriftliche Richtigstellung dieser
Sache erhielt dann Scholz eine Vorladung zur
Bergnehmung vor das Hauptversorgungsamt.
In der unter Vorsitz des Oberregierungsrats
Dr. Schölge stattgefundenen Vernehmung wurde
dem Patienten nun erklärt: da das Stiz-
plinarverfahren noch schwebend, müsse er sich ge-
dulden, bis die Eltern aus Berlin vom Reichs-
verwaltungsgericht zurückfelen. Bis dahin solle
er sich gedulden. Jetzt erhielt er unter dem
2. Juli den endgültigen Bescheid, daß er von
bisher gezahlten Differenzbetrag in Höhe von
3780 Mark zurückzahlen und die Rente wider-
der auf 30 Prozent herabgesetzt wurde.

Was ist also aus den Versprechungen und
Vertröstungen geworden? Nichts ist herausge-
kommen. Die Rentenweise hat eingeseht.
Der Hungerriemen muß enger geschnallt wer-
den. Der Dank des Vaterlandes? - Prost,
vortredel!

Wie kann unsere Jugend sich körperlich, geistig
und seelisch gesund entwickeln, wenn man ihren
ihren Eltern das Dasein erschwert, ja unmöglich
macht?

Die Kinderreichen sind die Erhalter des Volkes!
Ihren und ihren Kindern muß gute Wohnung,
Nahrung und Kleidung gegeben werden! Ist das
aber gegenwärtig erfüllt?

Wo wir hinschauen - Elend.
Sieht man nur auf die täglich steigenden Milch-
preise, die Kohlenpreise usw., dann kann man er-
kennen, wie den Kinderreichen die Lebensmöglichkeit
immer mehr beschnitten wird.

Da müssen Staat, Provinzen, Gemeinden und
alle sonstigen Organe des Volkes ein Einsehen
haben und helfen.

Es geht um unser Leben! -
Der Bericht über den Stand der Bewegung gab
ein erfreuliches Bild des Fortschrittes. In der
Ueberzeugung war man sich eins, daß schnellstens
alle Kinderreichen in der Organisation gesammelt
werden müßten.

Nach Erledigung einer Reihe von wichtigen
Angelenheiten hatte und der Satzungsänderung
erfolge die B. standswahl.
Die in völliger Einigkeit gepflogenen Verhand-
lungen wurden nach Ständiger Arbeit zum Vor-
gehen mit der Aufforderung eifriger und ziel-
bewußter Tätigkeit für unsere Wunde und unser
Volk geschlossen.

Die städtischen Volksschulern Klosterstr. 35
und Feledrichstr. 33 sind vom 16. Juli bis
12. August geschlossen.

Die Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte der
Stadt Breslau (Müchlerplah - Parade) bleibt
wegen Erledigung dringender Arbeiten vor-
übergehend Sonntags geschlossen.

Praktung Bauarbeiter! Freitag, den
17. Juli, abends 7 Uhr, öffentliche Bau-
arbeiter-Verammlung bei Kubitzki-
Mehlgasse. Tagesordnung: Das Verhalten un-
serer Ortsverwaltung bei dem letzten Streit.
Die hiesige Ortsverwaltung des Bauarbeiter-
verbandes wird hierdurch dringend einge-
laden.

Wahrung Metallarbeiter
der Verwaltungskasse Waldenburg:

Mittwoch, den 18. Juli 1923, findet im "Abel-
stein", in Waldenburg, eine Metallarbeiter-Ver-
sammlung statt, in der ein Hauptbeschandlungsbil-
sprechen wird.

Um 8 Uhr findet im selben Lokal eine Fraktions-
sitzung statt, keiner darf fehlen.

Waldenburg

Arbeiterkellern Parteigenossen
Die großen Ferien in der Schule haben begon-
nen und aus diesem Grunde veranfaßt die
kommunistische Jugend, Ortsgruppe Walden-
burg, eine Kinder-Ferienwanderung. Die Ver-
sicherung hat der Genosse Sebütte übernommen.
Die Wanderung findet am Mittwoch, den
19. Juli, statt. Die Kinder treffen sich um
6 1/2 Uhr am Hauptbahnhof in Waldenburg.
Bahnhofstraße. Das Ziel der Wanderung ist
der Hochwald, wo wir bei Unterhaltung und
Spiel die Zeit verbringen werden. Wer dabei
barum die Eltern den Kindern etwas Mit-
bringen möchte, unterwirft sich bitte,
wofür die K. J. Waldenburg sorgen wird. In
dieser Wanderung können nur Schulkinder im
Betracht. Abends nehmen wir dann am Unter-
haltungabend der K. J. Waldenburg teil, den
um 7 Uhr in der Realschule (Sandstraße) be-
ginnt, die Eltern werden ersucht, dort beizu-
sitzen und ihre Kinder eventuell abzuholen.
Die Parteigenossen der Ortsgruppen Altmannsdorf,
Herrnsdorf, Dittersbach und Weibstein wer-
den ebenfalls gebeten, ihre Kinder zur Wan-
derung zu senden. Wenn diese Wanderung aus-
fällt, werden wir weitere Wanderungen
unternehmen. Jugendgenossen (innen), die an
diesem Tage Zeit haben, werden gebeten, mit
an der Wanderung teilzunehmen.

Eltern, sendet eure Kinder zu dieser Wan-
derung, welche besser ist, als wenn sich die
Kinder auf der Straße herumtreiben. Mögliche
Auskunft erteilt der Genosse Sebütte.

Die SPD-Presse abgibt. Nach
Schluß der am Montag, den 9. Juli, stattgefun-
denen Hörsaalversammlung formierte sich ein
kleiner Zug Kommunisten und zog die Frei-
burger Straße und Quenstraße entlang, wo
revolutionäre Reden ertönten. Herr Wendemuth,
"gestigter Leiter" der "Bergwacht", nimmt die-
ses zum Anlaß, um in der gemeinsamen Weise
den Kommunisten ein auszuweisen, und sie
hinzustellen, als ob diese Lumpenproletarier
wären. Aber gemäß Herr Wendemuth, durch
die Einstellung ihrer Partei- und Gewerkschafts-
führer wird es bald so weit kommen, daß die
Arbeiterklasse insgesamt auch ihrer Parteige-
nossen, in eine Lebenslage gebracht wird, wo
sie zum Mittel der Verzweiflung greift. Man
hätte von einem sozialdemokratischen Bildungs-
lehrer mehr Anstand erwarten dürfen, als es
dieser Artikel in der "Bergwacht" zeigt. Es
wäre besser gewesen, statt am Kaffee Scholz
herumzusitzen und lächerliche Beslchte zu
schneiden über die vorbestehenden Kommu-
nisten, sich in die Hülleinberammung zu be-
mühen, um dort die Haltung der SPD,
zu rechtfertigen. Aber offen vor den Ar-
beitern ihren antisozialistischen Kopf zu ver-
zapfen, dazu sind diese Herrschaften zu selb-
solange, als die sozialdemokratische Arbeiter-
schaft denen nicht das Freischnitzmesser höher
stellt, werden sie immer an der Spitze einer
sogenannten Arbeiterpartei auf Seiten der
Konterrevolution stehen.

Aus dem Jahresbericht der Für-
sorgestelle für Zuberlulde für 1922.
Die Fürsorgestelle hat sich im Berichtsjahre
günstig entwickelt. Zugehörig sind die Stadt
Waldenburg und die Gemeinde Ober-Walden-
burg.

Im Laufe des Jahres sind in Dittersbach,
Reupendorf und Nieder-Salbrunn Zuberlulde-
fürsorgestellen ertichtet worden. Es wur-
den im Berichtsjahre 92 (im Vorjahre 88)
Erwerbslosen abgehaltet. Unterucht wurden
1992 (im Vorjahre 1082) Personen, durch-
schnittlich also 22 (im Vorjahre 13) in jeder
Erwerbsstunde. Neben wiederholten Untersu-
chungen der in Fürsorge befindlichen Per-
sonen wurden zum ersten Male 560 (im Vor-
jahre 556) Personen unterucht, von denen 112
(im Vorjahre 287) Personen in Fürsorge ge-
nommen worden sind. Von den im Bericht-
sjahre erstmalig erschienenen Patienten waren
aus Waldenburg 478, Stetschau 1, Mebers
Salbrunn 2, Seidenborn 7, Stelnau 2, Kall-
waller 1, Neu-Salbrunn 1, Dittmannsdorf
3, Dittersbach 22, Ober-Waldenburg 2, Wä-
rengrund 3, Alt-Wälsch 3, Zellhammer 3,
Ober-Herrnsdorf 1, Weibstein 1, Neuhain 2,
Gottesberg 4. Die Erkrankten gehörten fast
allen Berufen an. Außerdem noch 62 Ehe-
frauen, 83 Kriegserwaisen und 249 Kinder.

Von den zum ersten Male erschienenen Per-
sonen wurden überwiesen: von den Kranken
89 Patienten, von der Landesversicherungs-
anstalt 15 Patienten, von dem Kreis- und
dem städtischen Wohlfahrtsamt 46 Patienten,
von dem Karitativverband 6 Patienten, von
der Fürsorgebehörde 60 Patienten, auf eigene
Meldung kamen 344 Patienten; zusammen 568
Patienten. Aus dem Vorjahre wurden über-
nommen 1199 Personen. Hinzugerechnet sind
112 Personen. Insgesamt sind 1298 Per-
sonen, so daß in Fürsorge 1298 Personen blieben.

Auf Kosten der Landesversicherungsanstalt
in Breslau sind 77 Kranke in Heilbäder ver-
tebracht worden.
Die Waldheilstätte war vom 31. Mai bis
9. September 1922 geschlossen. Besetzt wur-
den: vom 31. Mai bis 12. Juli 31 Kranke,
vom 17. Juli bis 24. August 31 Mädchen,
vom 28. August bis 9. September 10 Fra-
uen und 20 Mädchen.

